



MAGAZIN

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen
in Baden-Württemberg e. V.



- Alle Stimmen den Beruflichen Schulen – BLV wählen!
- Berufliche Schulen – fördern, integrieren, qualifizieren.
2. Ordentliche Delegiertenversammlung des BLV
- Große Resonanz beim Fachtag „Jugendliche in beruflicher Vorbereitung“
in Friedrichshafen

Inhalt

Leitartikel	1	Fachbereich Technik und Gewerbe		Pensionäre	
Editorial	2	Technik und Gewerbe – Der Fachbereich startet in neuer Zusammensetzung	22	Einladung für die Pensionäre in Südbaden am 23. Mai 2014 in Badenweiler	38
Delegiertenversammlung		Auf Einsteins Spuren	23	Einladung für Pensionäre in Südbaden am 05. Juni 2014 in Singen	38
Staffelstab an Herbert Huber	3	Schüler und Lehrer bluten! Erneute Spendeaktion an der Carl-Engler-Schule	24	Einladung für Pensionäre in Südbaden am 08. Juli 2014 in Freiburg	39
Das neue Führungsteam	4	PM BLBS. Jetzt müssen die Länder handeln!	25	Erfolgreiche Arbeit für Pensionärinnen und Pensionäre in Südwürttemberg	40
Der neue Geschäftsführende Vorstand	5	Allgemeinbildung		Personalvertretung	
Berufliche Schulen – fördern, integrieren, 6 qualifizieren. Öffentlichkeitsveranstaltung der Delegiertenversammlung	6	Vorwärts ohne Richtung? Oder digitale Hilfsmittel in der Abitursprüfung Mathematik, ja oder nein?	26	Erste tiefere Einblicke in das neue LPVG	40
Impressionen von der Delegiertenversammlung	9	Arbeits- und Gesundheitsschutz		AK-Schwerbehinderte	
Mehr BLV an einer Schule geht fast nicht mehr	11	Sozialräume an der Johannes-Gutenberg-Schule Heidelberg	27	Fortbildung für örtliche Vertrauenspersonen (ÖVP) in Gülstein unter dem Motto „Lösungen lauern überall!“	41
Pressearbeit		Zunehmende Belastungen beim Namen genannt ... Kollegium der Balthasar-Neumann-Schule 1 veranstaltet ersten „Gesundheitstag“	28	Landesbezirke	
BLV-Delegiertentag wählt Herbert Huber zum neuen Vorsitzenden	12	Dienstrecht		Nordwürttemberg: Personalräteschulung in Stuttgart	43
BLV: Resolution der Delegiertenversammlung	12	Reisekosten: Steuerliche Kilometerpauschale weiterhin bei 0,30 EUR / gefahrenem Kilometer	29	Unser HOTLINE-Angebot am 29.04.2014	45
BLV: Zumeldung zur PM des Statistischen Landesamtes vom 27.01.2014	13	Gleichstellung		Südbaden: Landesbezirk Südbaden im Gedankenaustausch mit Vertreterinnen/Vertreter des Referats Berufliche Schulen am RP Freiburg; Regionale Schulentwicklung zentrales Thema	46
Personalratswahlen 2014		Fachtagung für Beauftragte für Chancengleichheit am 18.02.2014	30	Regionalgruppen	
Alle Stimmen den Beruflichen Schulen – BLV wählen!	13	Jugendliche in beruflicher Vorbereitung		Bodensee: Berufliche Schulen wollen auch künftig DIE Schulen für Bildungsaufsteiger sein	46
BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten der Stufenvertretungen	15	Große Resonanz beim Fachtag „Jugendliche in beruflicher Vorbereitung“ in Friedrichshafen: Bodensee-Schule und drei Workshops waren Magnete für die Teilnahme	31	Hochrhein: Regionale Schulentwicklung – Stellenwert der beruflichen Schulen	48
Aus der HPR-Arbeit		Workshop: Erprobung der pädagogischen Weiterentwicklung der Bildungsgänge VAB, BEJ, 1BFS, 2BFS: Die neue Berufsfachschule BFPE	32	Übersicht Sonderschriften des BLV	
Aktuelles aus dem HPR	16	Workshop: Arbeitsfeld VAB – Gewerbe: Bau von Kanus als Projektarbeit	33	Arbeits- und Gesundheitsschutz	49
Vorstand		Junglehrer		Info für Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis	49
BLV-Positionen zu den Eckpunkten zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg	19	Informationsveranstaltung für Junglehrer in Ettlingen	34	Info für Technische Lehrkräfte	49
Neue Internetpräsenz des BLV jetzt mit Mitglieder-Login	20	Lehrkräfte i. A. (Arbeitnehmer/innen)		Reisen	
Fachbereich Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik, Landwirtschaft		Verhandlungen zu einer Entgeltordnung für Lehrkräfte i.A.	35	Große Kuba Kultur- und Erlebnisreise	50
Kindheit – ein Erfindung des 19. Jahrhunderts	20	Ihre beiden Spitzenkandidaten für den BPR-Stuttgart bei den Personalratswahlen im Mai 2014	36	In Memoriam	51
Fachbereich Kaufmännische Bildung		Rente – Sie fragen, wir antworten	37	BLV-Infobrett	52
VLW-Lehrerbildungsausschuss Bund tagt erstmals gemeinsam mit der AG Junge Wirtschaftspädagogen am 14./15.März in Fulda	21			Wichtige Termine von Mai bis Juli 2014	

Verantwortung in schwierigen Zeiten Perspektiven für Berufliche Schulen

Es war ein wunderbarer Delegiertentag. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen und dem Personal der Geschäftsstelle, die zum Gelingen des Delegiertentags beigetragen haben. Danken will ich auch den Delegierten für das Vertrauen, das sie dem neuen Geschäftsführenden Vorstand und mir entgegenbringen. Wir werden gemeinsam auf die Herausforderungen in den nächsten Jahren zugehen, und wir wissen um die Verantwortung, die wir übernommen haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der neuen Konstellation.

Eine Herausforderung sind die Personalratswahlen im Mai 2014. Unsere BLV-Spitzenkandidatinnen und -Spitzenkandidaten auf der Liste für die Wahl zum Hauptpersonalrat und den Listen zur Wahl zum Bezirkspersonalrat sind erfahrene Kolleginnen und Kollegen, die seit vielen Jahren die Personalratsarbeit schultern, die die Interessen der Lehrer/Innen stets im Auge haben, kraftvoll vertreten und ihre Kompetenzen in die Verbandsarbeit mit einbringen. Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre Interessen bei den BLV-Kandidatinnen und -Kandidaten sehr gut aufgehoben sind und dass Sie sich auf diese verlassen können.

Verlassen können Sie sich auch auf den BLV. Ich bin fester denn je davon überzeugt, dass der BLV die einzige Interessenvertretung an den Beruflichen Schulen ist, die die Kolleginnen und Kollegen an den Beruflichen Schulen ohne Interessenkollision vertritt und die Weiterentwicklung der beruflichen Vollzeitschule und der Berufsschule vorantreibt. Wir sind die einzige Berufsvertretung an den Beruflichen Schulen, die die konzeptionellen Schwächen der Gemeinschaftsschule erkennt. Wir thematisieren die ressourcenmäßige Bevorzugung der Gemeinschaftsschule und verweisen darauf, dass es keine wissenschaftlichen Belege für den Erfolg der Gemeinschaftsschule gibt. „Auf-

grund der gegenwärtigen Forschungslage würde jeder Wissenschaftler lügen, der heute wissenschaftlich belegen möchte, ob die Schulorganisation 'Gemeinschaftsschule' oder 'Realschule/Hauptschule' für alle Beteiligten vorteilhafter ist.“ [Rolf Dubs, *realist*, März 2013, S. 18]. Wieso setzt die Landesregierung auf eine Schulart, für deren Erfolg keine wissenschaftlichen Belege existieren? Wieso riskiert man die Existenz der Realschule? Die Realschule hat bewiesen, was sie kann und sie ist die bewährte und beliebte Mittelstufe für die Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs. Realschulen und Berufliche Schulen sind ein sensationelles Erfolgsmodell. Gleichzeitig gefährdet die Gemeinschaftsschule die zweijährige Berufsfachschule, das Berufskolleg und das Berufliche Gymnasium. Die Schüler/Innen sollen bis zur zehnten Klasse in der Gemeinschaftsschule bleiben, möglicherweise sogar bis zum Abitur. Unsere Forderung an die Politik heißt: Keine Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen! Die Beruflichen Gymnasien und die Berufskollegs sind die Oberstufen für alle Schularten, die die Schüler/Innen zu einem mittleren Bildungsabschluss führen. Zwar bekennt sich die Politik öffentlich zu den Beruflichen Schulen und gibt mündliche Zusagen, wir verlangen jedoch konkrete Entscheidungen und eine Änderung des Schulgesetzes. Alles andere hätte lediglich den Charakter von unverbindlichen Lippenbekenntnissen. Darauf will sich der BLV nicht verlassen, und damit kann man uns nicht zufriedenstellen.

Ein weiteres erstaunliches Beispiel für den bildungspolitischen Kurs der Landesregierung ist der Inhalt des Eckpunktepapiers zur Neugestaltung für den Übergang von der Schule in den Beruf. Wir wünschen von Herzen, dass das Modell den jungen Mensch nützt und dass sie rasch in ein gutes Ausbildungsverhältnis kommen. Die ausbildende Wirtschaft muss genügend Praktikums-



Herbert
Huber

plätze für die Dualen Ausbildungsvorbereitung (AV Dual) und genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, und zwar nicht nur in diesem Jahr, auch in den folgenden. Die Bündnispartner, darunter die Kammern und die baden-württembergischen Arbeitgeber, sichern dies für die Ausbildungsbetriebe zu. Diese Zusage müssen sie nicht nur hinsichtlich der Zahl und Vielfalt der Plätze einlösen, sie müssen die Praktikantinnen und Praktikanten sowie die Auszubildenden im Vertragsverhältnis behalten, begleiten, charakterlich fördern und zum Teil Ausbildungsleistungen im Praktikum übernehmen. Wir wissen aus Erfahrung, dass der Weg, der über eine Berufliche Schule in ein Ausbildungsverhältnis führt, bewährt, nachgefragt und erfolgreich ist. Wir finden uns nicht damit ab, dass die Bündnispartner in diesem Papier einige unserer Schularten – hauptsächlich die Berufskollegs - dem Übergangssystem zurechnen und unsere Bildungsangebote destabilisieren. Wir sind auch sicher, dass die Beruflichen Schulen die erfahreneren Lehrkräfte und die besseren Konzepte haben sowie die Schüler/Innen besser fördern, integrieren und qualifizieren können - und wir haben in der Auseinandersetzung die überzeugenderen Argumente für Ihre Interessen, für die uns anvertrauten Jugendlichen und für unsere beruflichen Schularten.

Deshalb: Vertrauen Sie bei den Personalratswahlen dem BLV. Geben Sie den BLV-Kandidatinnen und -Kandidaten Ihre Stimmen.

Herbert Huber

BLV – Gut aufgestellt für die Zukunft!

Am 21./22. Februar 2014 fand die **zweite Delegiertenversammlung** des Berufsschullehrerverbands statt. Der **BLV** ist in Jahren gemessen noch sehr jung und dementsprechend frisch und kämpferisch. Er entstand im Oktober 2007 mit der Fusion der drei profilierten und traditionsreichen beruflichen Lehrerverbände **BLBS**, **VLW** und **VHL** in Baden-Württemberg. Mit inzwischen ca. 10.000 Mitgliedern ist der **BLV die Interessensvertretung** der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Dies bedeutet eine hohe Verantwortung und Verpflichtung zugleich für die Kolleginnen und Kollegen, die sich im BLV in unterschiedlichen Gremien ehrenamtlich engagieren.

Herbert Huber wurde zum neuen Vorsitzenden des Berufsschullehrerverbands gewählt. Damit wurde der in der Satzung vorgesehene rotierende Wechsel zwischen den drei Fachbereichen der ur-

sprünglichen Fusionspartner Kaufmännische Bildung (KB), Technik und Gewerbe (TuG) und Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik, Landwirtschaft (HPSL) vollzogen. Die stellvertretenden BLV-Vorsitzenden sind **Renate-Granacher-Buroh** (TuG) und **Margarete Schaefer** (HPSL).

Neu gewählt wurden auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands, der sich aus den Leiterinnen/Leitern der einzelnen Referate und den Vorsitzenden der Landesbezirke zusammensetzt. Auf den nächsten Seiten können Sie sich ausführlich über die **personellen Veränderungen** und über den großen Zuspruch, den die **Öffentlichkeitsveranstaltung** genoss, informieren.

Der BLV steht in diesem Jahr vor einer großen Herausforderung. Vom **13.05. bis 15.05.2014** sind in Baden-Württemberg **Personalratswahlen** für die örtlichen Personalratsgremien an den Schulen, für



Michael Schmidt

die Stufenvertretungen Bezirkspersonalrat an den vier Regierungspräsidien und Hauptpersonalrat am Kultusministerium. In der letzten Personalratswahl von 2010 erkämpfte der **BLV die Stimmenmehrheit** sowohl im Hauptpersonalrat als auch in allen vier Bezirkspersonalräten. Diese Mehrheit wollen wir mit Ihrer Stimme verteidigen. Informationen zu den Personalratswahlen gibt es in dieser Ausgabe sowie in zahlreichen Sonderdrucken, die der BLV für Sie bereithält. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe.

Michael Schmidt

Delegiertenversammlung

Nicht öffentlicher Teil der Delegiertenversammlung

Staffelstab an Herbert Huber

Auf der zweiten Delegiertenversammlung des BLV am 21. Februar 2014 wurde Herbert Huber von den Delegierten zum ersten Vorsitzenden bestellt. Margarete Schaefer übergab ihm den Staffelstab, denn turnusgemäß wechselt der Vorsitz im Rotationsverfahren alle drei Jahre den Fachbereich.

Personalien

Am Freitagvormittag wählten die Fachbereiche ihre Vorsitzenden. Gewählt wurden im Fachbereich Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik, Landwirtschaft: Margarete Schaefer (Stellvertreterin Anni Combé-Walter); im Fachbereich Kaufmännische Bildung: Herbert



Edeltraud Smolka

Huber (Stellvertreterin Kerstin Hollwedel) und im Fachbereich Technik und Gewerbe: Renate Granacher-Buroh (Stell-



Gerd Baumer



Herbert Huber und Margarete Schaefer



Bernhard Arnold und Margarete Schaefer



Die Tagungsleitung: v. li. Norbert Speidel, Edward-Errol Jaffke und Friedrich Müller

vertretung Iris Fröhlich und Clemens Hartelt).

In seiner Antrittsrede beteuerte Herbert Huber: „Es ist für mich ein entscheidender Moment und ich habe mich entschieden. Wir brauchen einen erfahrenen Vorsitzenden, um die Zukunft zu gestalten.“ Er dankte dem Gremium für die große Zustimmung. Bereits heute stehe der BLV vor großen Herausforderungen. Diese seien die Personalratswahlen 2014 und die Landtagswahlen 2016.

Am Samstag wählte die Delegiertenversammlung die anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes. Neu hinzu kamen Irmgard Burkert, die zukünftige Seniorenvertreterin, Michaela Keinath, die Vertreterin der Junglehrer/innen, Manfred Franz, als Referatsleiter für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, sowie Michael Niedoba, der das Referat Technik und Gewerbe im Geschäftsführenden Vorstand vertreten wird und der damit in die Nachfolge von Renate Gräner-Buroh tritt.

Im Amt bestätigt wurden: Iris Fröhlich (Personalvertretung), Swantje Göschel (Allgemeinbildung), Friedrich Graser (Öffentlichkeitsarbeit), Erich Herrling



Der Geschäftsführende Vorstand

(Finanzen), Kerstin Hollwedel (Kaufmännische Bildung), Christa Holoch (Gleichstellung), Marie-Luise Jakob (Technische Lehrkräfte), Helmut Kleinböck (Dienstrecht), Michael Schmidt (Redaktion), Edeltraud Smolka (Mitgliederbetreuung), Gerd Weinmann (Jugendliche in beruflicher Vorbereitung), Ottmar Wiedemer (Lehrkräfte i. A. – Arbeitnehmer/innen).

Dankesworte und Gold-Medaillen zum Abschied

Margarete Schaefer ehrte ihren dreijährigen Weggefährten, das scheidende Vorstandsmitglied Gerd Baumer mit der Gold-Medaille für „den besten Vorstand des BLV“ und einem Buch mit dem Titel „Ins Bild geschlichen“. Als Meisterschwimmer übergab sie dem „kräftigen Kerl“ mit dem „großen, kräftigen Herzen“ die passende Ausrüstung für den Ruhestand. Richtig zurückziehen wird sich das scheidende Vorstandsmitglied erst nach den Personalratswahlen, da er jetzt im HPR und BPR-Freiburg noch gebraucht werde.

Gerd Baumer dankte sehr herzlich, denn alles Leben bewege sich im Spannungsfeld von Loslassen und Festhalten: „Leben heißt, Brücken schlagen über Strö-

me, die vergehen“. Mit diesen Worten verabschiedete er sich von seinen Mitstreitern und dankte für den Titel „Ehrevorsitzender“, zu dem er vorgeschlagen wurde.

Für den Ehrevorsitz im BLV wurde in Abwesenheit auch Anton Metz vorgeschlagen, der maßgeblich die Fusion der drei Berufsschullehrerverbände 2006 mitgestaltete.

Bernhard Arnold, der aus dem Vorstand verabschiedet wurde und zum Schuljahresende in den Ruhestand gehen wird, wurde als BLV-Ehrenmitglied vorgeschlagen. Margarete Schaefer überreichte ihm die zweite Gold-Medaille „Bester Stellvertreter des HPSL“. Als Schriftleiter, HPSL-Fachbereichsleiter, Newsletter-Verfasser, HPR-Mitglied kann er auf 40 Dienstjahre zurückblicken. Als Teamplayer schätzte ihn Margarete Schaefer für seine Loyalität, seine Hilfsbereitschaft und sein großes Engagement.

Gerd Baumer bedankte sich im Namen des scheidenden Vorstandes bei Margarete Schaefer. Er habe sie in den letzten drei Jahren als zielstrebig, schlagfertig, selbstbewusst und unkompliziert ken-



Das Team der Geschäftsstelle: v. li. Gerhard Fechner, Elvira Kurz, Annette Wahl, Petra Nagler und Ellen Brenner



Thomas Speck



Blick ins Plenum

nen gelernt. Sie sei eine beeindruckende, starke Frau, die den Schuhen ihres Vorgängers gewachsen war.

Herbert Huber bedankte sich bei Anni Combé-Walter. „Sie war da, wenn der BLV sie brauchte“, und sie übernahm verschiedene Ämter im BLV in der zurückliegenden Legislaturperiode. So war sie stellvertretende Regionalgruppenvorsitzende, stellvertretende Landesbezirkvorsitzende, seit 2009 BPR-Mitglied, stellvertretende Fachbereichsvorsitzende und für ein Jahr Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand. Herbert Huber dankte ihr vielmals mit den Worten: „Wir setzen weiterhin auf Sie!“.

Wegen Krankheit wurde die Verabschiedung der Referatsleiterin für die Junglehrer/innen vertagt. Christine Hammer soll geehrt werden, wenn sie wieder kerngesund ist. Ebenso soll der scheidende Referatsleiter für Arbeits- und Gesundheitsschutz, Rainer Messner, der ebenfalls nicht am Delegiertentag teilnehmen konnte, bei einer anderen Gelegenheit verabschiedet werden.

Eine erfolgreiche Delegiertentagung bedarf einer erfolgreichen Tagungsleitung, die dieses Jahr von den Herren Edward-Errol Jaffke, Friedrich Müller, und Norbert Speidel übernommen worden war. Wie bereits in den vergangenen zwei Delegiertenversammlungen garantierte

Kollege Jaffke durch seine hoch professionelle, straffe und stets freundliche Tagungsleitung den Erfolg dieser BLV-Großveranstaltung.

In diesem Zusammenhang wurde auch Frau Müller gedankt, die sich für die erfolgreiche Durchführung des Begleitprogrammes verantwortlich zeichnete. Mit besonderem Dank wurde Roland Kiesel verabschiedet, der die Kasse des BLV seit vielen Jahren prüfte. Gratuliert wurde am Ende der Veranstaltung auch dem Ehrenmitglied Reinhilde Amann, die am Delegiertentag mit alten Weggefährten ihren Geburtstag feierte.

Edeltraud Smolka

Das neue Führungsteam



Mitte: Herbert Huber (Vorsitzender) · Rechts: Renate Granacher-Buroh (Stellv. Vorsitzende) · Links: Margarete Schaefer (Stellv. Vorsitzende)

Der neue Geschäftsführende Vorstand



Anzeige

Berufliche Bildung in Italien aufbauen

Die Deutsch-Italienische Handelskammer ist eine vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) offiziell anerkannte deutsche Auslandshandelskammer (AHK) und integraler Bestandteil des Systems der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Seit bald 100 Jahren trägt sie dazu bei, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland zu fördern. Sie widmet sich der Vertretung der Interessen der deutschen Wirtschaft in Italien sowie umgekehrt der Interessen der italienischen Wirtschaft in Deutschland.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) führt die Kammer derzeit Projekte der Berufsbildungsbedarfs- und -strukturplanung sowie Branchenprojekte zur Einführung dualer beruflicher Bildung in Italien durch.

Hierfür sucht die Kammer zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Projektleiter/-in Berufliche Bildung

Die Stelle erfordert eine proaktive, kontaktfreudige und verantwortungsvolle Persönlichkeit, die bereit ist, die komplexe Aufgabe der Implementierung des Systems der dualen beruflichen Bildung in Italien zu übernehmen.

Für eine erfolgreiche Wahrnehmung dieser Aufgabe sind eine abgeschlossene akademische Ausbildung in Berufspädagogik und entsprechende mehrjährige Berufserfahrung sowie ein überdurchschnittliches Organisationstalent erforderlich.

Für diese in enger Zusammenarbeit mit deutschen und italienischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie den beteiligten Unternehmen wahrzunehmende Aufgabe sind fließende italienische und deutsche Sprachkenntnisse unabdingbar.

Bewerber/innen, die sich von dieser anspruchsvollen Aufgabe angesprochen fühlen, bitten wir um ihre Bewerbung an die nachfolgende Anschrift:

Camera di Commercio Italo-Germanica
Via Gustavo Fara 26, I – 20124 Milano
Kontakt: Ulrich Nagels, tel. 0039-02-67913212,
mail: ulrich.nagels@ahk-italien.it



Öffentlichkeitsveranstaltung der Delegiertenversammlung

Berufliche Schulen – fördern, integrieren, qualifizieren –

Unter diesem Motto stand die öffentliche Veranstaltung der zweiten ordentlichen Delegiertenversammlung, die am Freitagnachmittag nach dem nicht öffentlichen Teil in der Schwabenlandhalle in Fellbach stattfand.

Die stellvertretende BLV-Vorsitzende Margarete Schaefer begrüßte die versammelten Delegierte und die zahlreichen Ehrengäste. Neben **Kultusminister Andreas Stoch (SPD)**, der die Festansprache hielt, waren die Landtagsabgeordneten und **Fraktionsvorsitzenden** von Bündnis 90/Die GRÜNEN, **Edith Sitzmann**, von CDU, **Peter Hauck** und von FDP/DVP, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, anwesend, die in kurzen Statements das Meinungsbild ihrer Fraktion zur aktuellen Bildungspolitik abgaben.

In ihrer oft durch Beifall unterbrochenen Begrüßungsansprache ließ **Margarete Schaefer** die letzten drei bildungspolitisch heftigen Jahre Revue passieren. In ihrer Amtszeit erlebte sie die Amtsspitze des Kultusministeriums in **„Doppelbesetzung“: zwei Kultusminister – zwei Staatssekretäre – zwei Ministerialdirektoren**. In Analogie zur zeitgleichen Winterolympiade verglich Frau Schaefer die Situation der Beruflichen Schulen mit einem Staffelwettbewerb beim Biathlon. Zu Beginn der Legislaturperiode gab es hervorragende Voraussetzungen bezogen auf das „Wetter“, die „Scheesituation“, das „Skimaterial“ und die „Zuschauer“. Aber auf der Strecke eine Mannschaft, die zu viel wollte, mit dem Regelwerk nicht vertraut war und mitten auf der Strecke wild in den Wald schoss, obwohl noch gar keine Scheiben in Sicht waren.

Die „zweite Staffel“ hat zwar durch eine rasche Analyse aus den Fehlern der ersten gelernt, Strafrunden konnten allerdings nicht ganz verhindert werden. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen haben die beteiligten Lehrkräfte den gesunden Ehrgeiz, wieder auf das „Siegerpodest“ zu kommen. Dafür wird hart gearbeitet. Aber wenn die Mitkonkurrenten z. B. die Gemeinschaftsschule gedopt werden, erfordert dies eine ungleich höhere Leistung von uns Lehrerinnen und Lehrern.

Margarete Schaefer verabschiedete sich von dem Posten der „Cheftrainerin“ des BLV. Sie wird aber weiterhin dem BLV als „Trainerassistentin“ mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Kultusminister **Andreas Stoch** nahm in seiner Festansprache den „olympischen Gedanken“, von Frau Schaefer bildhaft in Szene gesetzt, mehrmals im Laufe seiner Rede auf. Im grün-roten Koalitionsvertrag steht das Ziel „beste Bildungschancen für alle“. Dies entspricht sowohl den Empfehlungen der Enquêterekommission als auch dem Motto der Delegiertenversammlung, auf dessen drei Aspekte der beruflichen Bildung „fördern, integrieren und qualifizieren“ er näher einging.

1. Fördern

Eine Antwort der Politik auf das Postulat des Koalitionsvertrags ist die Gemeinschaftsschule. Sie steht für eine ausgeprägte individuelle Förderung, die es einem jungen Menschen ermöglichen sollte, einen seinen Begabungen entsprechenden Anschluss zu finden, sei es in einer Berufsausbildung, in einer beruflichen



Michael Schmidt

Vollzeitschule oder an einer Hochschule. Zur Persönlichkeitsentfaltung und zur Nutzung der vorhandenen Talente muss die individuelle Förderung noch viel stärker als bisher im Unterricht berücksichtigt werden. Aufgrund der heterogenen Adressatenvoraussetzungen, die an den beruflichen Schulen vorherrschen, gibt es dort eine Vielzahl von individuellen Unterstützungssystemen. Zudem wird seit dem Schuljahr 2014/15 an acht Standorten im Land ein Konzept zur pädagogischen Weiterentwicklung der Bildungsgänge des schulischen Übergangsbereichs (BFPE) erprobt. Herr Stoch ist sich aber bewusst, dass die individuelle Förderung eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und mit hohem Arbeitseinsatz der beteiligten Lehrkräfte verbunden ist.

2. Integrieren

Junge Menschen kann man am besten in eine Gesellschaft integrieren, wenn sie – hinreichend qualifiziert – eine Berufstätigkeit aufnehmen, für die es nur zwei Wege gibt: entweder eine Berufsausbildung oder ein Studium. Bei der Berufsausbildung arbeiten die Berufsschulen und die Wirtschaft, die durch ein hinreichend großes Angebot an attraktiven Ausbildungsstellen hierfür die Hauptverantwortung tragen, eng zusammen. Das KM muss dafür Sorge tragen, dass der Berufseinstieg erfolgreicher als bisher gelingt. Ziel ist es, mehr Jugendlichen den direkten Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung zu ermöglichen,



Renate Granacher-Buroh



Peter Hauck



Herbert Huber

und dass sich die Übergangsphase in den berufsvorbereitenden Bildungsgängen verkürzt. Dies soll gelingen durch eine verstärkte Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen sowie durch die Einführung von Ganztagesangeboten und der Dualisierung der berufsvorbereitenden Schularten.

3. Qualifizieren

Der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften wird weiter steigen. Diese Bedarfsdeckung ist ein entscheidender Faktor für unser Wirtschaftswachstum. Hierfür wurden die Beruflichen Gymnasien in dreijähriger Ausbauf orm gestärkt mit dem Neueinrichten von ca. 150 Eingangsklassen seit 2011. **Kultusminister Stoch** legt aber Wert auf die Tatsache, dass Studienplätze nicht gegen Ausbildungsplätze ausgespielt werden sollen, denn das Land benötigt sowohl Akademiker als auch beruflich qualifizierte Fachkräfte. Ein Weg zur Sicherung der Fachkräfte ist die Erprobung der Zertifizierung von beruflichen Schulen gemäß der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV). Damit können an den beruflichen Schulen mehr Umschülerinnen und Umschüler, z.B. im Erzieher- und Pflegebereich qualifiziert werden.

Damit die Beruflichen Schulen auch noch in Zukunft die unter Punkt 1 bis 3 genannten Aufgaben wahrnehmen können, müssen die Rahmenbedingungen der demografischen Entwicklung angepasst werden:

- **Regionale Schulentwicklung** mit dem Ziel eines in der Fläche ausgewogenen und differenzierten Bildungsangebotes
- **Unterrichtsversorgung**, Rekorderstellung für das SJ 2014/15 führte zu einer Halbierung des Unterrichtsdefizits
- **Einschnitte im Bildungsbereich**



Volker Stich

aufgrund der Schuldenbremse, z. B. Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents, Verschiebung der Altersermäßigung

Mit dem Dank an **Margarete Schaefer** für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit und der Gratulation für **Herbert Huber** als neuen BLV-Vorsitzenden beendete Kultusminister **Andreas Stoch** seine Rede. Da **Andreas Stoch** aufgrund anderweitiger terminlicher Verpflichtungen nach seiner Rede nicht mehr lange beim Delegiertentag bleiben konnte, wurde kurzfristig die Tagesordnung geändert und die Rede des neuen **BLV-Vorsitzenden Herbert Huber** vorgezogen, damit er dem Kultusminister die folgenden Positionen des Berufsschullehrerverbands mit auf den Weg geben konnte:

1. Lehrereinstellung

Trotz massiver Reduzierung der Kleinklassen und strenger Budgetierung der Lehrerwochenstunden gibt es an den beruflichen Schulen immer noch ein Unterrichtsdefizit von 2,2 % bei konstant hoher Bugwelle von 1.800 Deputaten und hohem Ersatzbedarf aufgrund der Fehlprognosen des Statistischen Landesamtes bezüglich der Entwicklung der Schülerzahlen. Deshalb fordert der BLV den Ersatz der 650 wiederbesetzbaren Stellen zusätzlich 400 weitere Lehrerstellen, die die Regierungsfraktion als Minderheiten-



Andreas Stoch

Votum in der Enquétekommission gefordert hat. Also insgesamt **1.050 Stellen**.

2. Übergangssystem

Ausgesprochen schwer fiel es Herbert Huber, ein Lob für die Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg auszusprechen. Der BLV erhebt daher folgende Forderungen:

Jegliche Angebote der **Dualen Ausbildungsvorbereitung (AV Dual)**, der **Dualen Berufsqualifizierung (BQ Dual)** und der **Betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ)** müssen den **individuellen** Befähigungen, Begabungen und Interessen der Jugendlichen angepasst sein.

Bei den vorgesehenen Praktika- und Ausbildungsplätzen muss den Bewerberinnen und Bewerbern eine **ausreichende Zahl** und **Vielfalt von Wahlmöglichkeiten** unabhängig von deren aktueller Marktgängigkeit garantiert werden.

Die bewährten Wege zu höheren Bildungsabschlüssen über die zweijährigen Berufsfachschulen, über die Berufskollegs und über die Beruflichen Gymnasien sind auch in Zukunft unverzichtbar. Darauf vertrauen die Jugendlichen und deren Eltern.

3. Gemeinschaftsschule

Wer Schule wirkungsvoll verbessern will, der investiere nicht vorrangig in die



Dr. Hans-Ulrich Rülke



Margarete Schaefer



Edith Sitzmann

grundlegende Veränderung des Schulsystems, sondern in das, was es Lehrern tatsächlich ermöglicht besseren Unterricht zu machen. Also in: bessere Lehrerbildung, bessere Schulhäuser, besser Klassenräume, bessere Ausstattung, kleinere Klassen, individuelle Förderung, Betreuungsmöglichkeiten, Sozialarbeiter, usw.

Bisher konnten die Realschulen und die Beruflichen Schulen gemeinsam Schüler zu höheren Abschlüssen führen. Von der Realschule weiß man, was sie kann und sie ist die bewährte und beliebte Mittelstufe für die Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs. Realschulen und **Berufliche Schulen sind ein sensationelles Erfolgsmodell.**

Aber auch jedem Schüler einer Gemeinschaftsschule muss deshalb eine Anschlussmöglichkeit zum Erwerb des Abiturs über ein Berufliches Gymnasium oder zum Erwerb der Fachhochschulreife über ein Berufskolleg offen stehen.

4. Regionale Schulentwicklung

Sollten die Entscheidungen der Landesregierung die Beruflichen Vollzeitschulen im Bestand gefährden, werden dem dualen System ausbildungswillige, ausbildungsfähige und ausbildungsreife Schüler fehlen. Der Fachkräftemangel steigt. Das kann sich der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht leisten.

Eine **gesonderte Rolle** spielen die **Berufsschulen** wegen der spezifischen Interessen der Dualpartner und des Fachklassenprinzips. Sie benötigen einen eigenständigen **Schulentwicklungsplan**. Angesichts der demografischen Entwicklung wird es notwendig sein, über die Fachklassenstandorte nachzudenken. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass ohne wohnort- und betriebsnahe Beschulung der Auszubildenden die Ausbildungsbetriebe noch größere Probleme bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses bekommen.

Stirbt die Berufsschule im ländlichen Raum, stirbt auch die duale Ausbildung in der Region. So gesehen geht der Grenznutzen der Kleinklassenauflösung mittlerweile gegen Null. Regionale Schulentwicklung schreckt uns nicht. Warum? Seit Jahrzehnten betreiben die „Berufler“ systematisch regionale Schulentwicklung: Ausbildungsberufe wurden an andere Standorte verlegt, Standorte

wurden aufgelöst oder zusammengelegt. Es ist eine sehr lange Liste von konzeptionellen Maßnahmen. Dabei galt stets der **Grundsatz: Erhalt der Standorte und Erhalt der beruflichen Bildungsangebote in der Fläche.**

5. Perspektiven für die Beruflichen Schulen

Abschließend legte Herbert Huber die Eckpunkte für die Bildungspolitik des BLV fest:

- Erhalt der Freiheit bei der Wahl der Bildungsangebote und damit die Übergänge auf die Beruflichen Schulen.
- Erhalt der Abschlüsse im beruflichen Schulwesen – vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur.
- Berufsschule als Lernort über die gesamte Zeit der Berufsausbildung im Umfang von 13 Stunden in der Woche.
- Erhalt einer eigenständigen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen.
- Weiterentwicklung der Schularten. Diesbezüglich sind die Beruflichen Schulen bestens erprobt.
- Bessere berufliche Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen bezüglich Besoldung, Beförderung und Fortbildung.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die GRÜNEN, Edith Sitzmann, eröffnete ihr Statement mit einem Dank an die Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen für ihre engagierte Arbeit. Die Rahmenbedingungen sind zwar nicht einfach, wie es sich z.B. beim Entlastungskontingent zeigt, aber das Schulsystem insgesamt musste an die gesellschaftliche Realität angepasst werden. Die Einführung der Gemeinschaftsschule war ihrer Meinung nach sinnvoll, da in Baden-Württemberg die soziale Herkunft leider eine zu wesentliche Rolle für den Bildungserfolg spielt. Durch längeres gemeinsames Lernen und durch Individuelle Förderung soll mehr soziale Gerechtigkeit erzielt werden. Auch der Ausbau der Stellen für Schulsozialarbeiter führt zu einer deutlichen Verbesserung an den Schulen vor Ort. Der Prozess der Regionalen Schulentwicklung soll ein flächendeckendes gutes Bildungssystem sicherstellen.

Schule hat die Aufgabe, junge Menschen mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten, das ihnen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, so **Peter Hauck, Fraktionsvorsitzender der CDU.** Gerade hierfür übernehmen die Berufsschulen eine zentrale Rolle, da sie die Theorie mit der Praxis verknüpfen. Der Fachkräftemangel kann nur effektiv bekämpft werden, wenn die Beruflichen Schulen entsprechend gestärkt werden. Die Landesregierung konzentriert sich aber mehr auf den Ausbau der Gemeinschaftsschule. Auch die Parallelstruktur von G8/G9 ist überflüssig und kostet viel Geld. Wer G9 haben will, so die Aussage von **Peter Hauck,** kann dies bereits über die Berufliche Gymnasien haben, an denen die Ressourcen deutlich besser angelegt wären.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP, Dr. Hans-Ulrich Rülke, nahm den Vergleich der Winterolympiade, den Frau Schaefer ins Spiel gebracht hatte, wieder auf. „Die Landesregierung ist ein Biathlet“, so **Dr. Rülke,** „und er mache den Schiedsrichter. Die Landesregierung schießt in der Tat nicht blind in den Wald, sondern sie schießt auf alles, was nicht Gemeinschaftsschule heißt“. Sowohl die Einführung einer gymnasialen Oberstufe als Regelform bei den Gemeinschaftsschulen als auch deren Privilegierung in Form von Ressourcen verzerren die Wettbewerbsbedingungen zu Lasten der beruflichen Schulen. Dr. Rülke sorgt sich auch um die Attraktivität der Arbeitsbedingungen an den beruflichen Schulen. Das Land BW als Arbeitgeber kämpft mit der Wirtschaft um die besten Fachkräfte. Gerade junge Ingenieure, Informatiker, Naturwissenschaftler und Betriebswirte werden im beruflichen Bildungssystem dringend benötigt. Da ist die abgesenkte Eingangsbesoldung ein völlig falsches Signal an die Nachwuchskräfte wie auch die sonstigen Einsparungsmaßnahmen, die das Land den beamteten Lehrkräften auferlegt hatte. Trotz hoher Steuereinnahme bei steigender Neuverschuldung wurde nur an den Beamtinnen und Beamten gespart.

Der Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württembergs Volker Stich sprach in seinem Grußwort über den Erfolg der dualen Ausbildung, die sich

Delegiertenversammlung

als großer Exportschlager für Deutschland erwiesen hat. Dies ist aber wahrlich nicht der Verdienst eines „Grün-roten Bildungsaufbruchs“, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen ideologiefreier Bildungsarbeit an den Schulen, einer Zusammenarbeit zwischen Schulen, Abnehmern und Eltern und einer begabtgerechten, schülerorientierten Förderung. Selbstkritisch räumte Volker Stich auch Schwachstellen ein, so die Benachteiligung bildungsferner Kinder und Jugendlicher als auch das Bestehen des Nachholbedarfs bei schulischen Ganztagesangeboten.

Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich zunehmend, Klassen- und Kursgrößen, ein Abbau der Bugwellenstunden ist nicht in Sicht. Der Weg zur Nullverschuldung scheint allein auf dem Rücken der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ausgetragen zu werden. Dementsprechend ist die Stimmung in der Kollegenschaft, die Beamtinnen und Beamten sind erzürnt und entsetzt über die Lawinen von Sparrunden, die bereits über sie gerollt sind. Keine andere Be-

rufgruppe, keine andere gesellschaftliche Gruppierung, wurde derart „zur Ader gelassen“ wie die Beamtenschaft. „Die Enttäuschung sitzt tief, aber die nächste Landtagswahl rückt näher“, so das Schlussstatement des Vorsitzenden des BBW.

Die stellvertretende **BLV-Vorsitzende Renate Granacher-Buroh** bedankte sich in ihrem Schlusswort bei den Rednern und Teilnehmern für ihr zahlreiches Kommen und die damit verbundene Wertschätzung für den BLV. Besondere Dank richtete sie an die **Jazz-Band der**

Fritz-Erler-Schule Pforzheim für die hervorragende musikalische Begleitung der Öffentlichkeitsveranstaltung der zweiten Delegiertenversammlung des Berufsschullehrerverbands.

Beim anschließenden Stehempfang konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwanglos austauschen und mit den kunstvoll gerichteten „Häppchen“ und dargebotenen Getränken die erfolgreiche Veranstaltung ausklingen lassen.

Michael Schmidt



Jazz-Band der Fritz-Erler-Schule Pforzheim

Impressionen von der Delegiertenversammlung



Gerhard Fechner und Margarete Schaefer



Waldemar Futter und Jürgen Wunderlich



Christina Böse-Pisch und Christa Holoch



Angeregte Gespräch bei der Delegiertenversammlung im Foyer

Delegiertenversammlung



Susanne Thimet und Klaus Lorenz



Michaela Grade, Ottmar Wiedemer und Ulrike Börnsen



Marion von Wartenberg, Peter Schühly und Dieter Renner



Marie-Luise Jakob, Silvia Schmid, Otto Deubel, Johanna Haible-Lehle und Peter Lehle



Eugen Straubinger und Albert Baumann



Christopher Kabitzsch und Sophia Guter



Martin Janku, Thorsten Schmidt und Stefan Hoffmann



Das Team der Geschäftsstelle



Gerd Baumer „zeigt den Weg“ ...

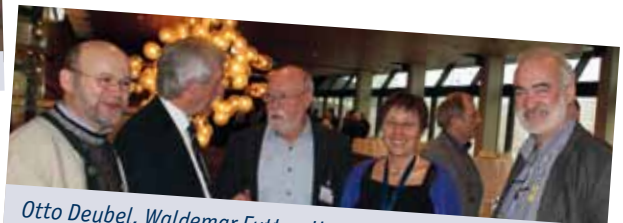
Impressionen von der Delegiertenversammlung



Rechts im Bild: Ehrenvorsitzender Rolf Dörflinger bei der Mandatsprüfung



Gerd Baumer und Herbert Huber



Otto Deubel, Waldemar Futter, Harry Kretschmann, Iris Fröhlich und Dieter Tschaffon



Thomas Speck, Uwe Bäuerle, Michaela Keinath und Frank Stephan



Alfred Lerner, Martin Graf, Otto Zillien, Dieter Tschaffon und Joachim Schöllhorn



Günter Denninger, Michael Schmidt, Christa Holoch und Hans Hendl



Margarete Schaefer, Herbert und Ulrike Huber

Fotos: Heike Gasch, Sophia Guter

Mehr BLV an einer Schule geht fast nicht mehr ...

Mit diesen Worten gratulierten die Delegierten der Karl-Arnold-Schule ihrer Schulleiterin, Frau Granacher-Buroh, zur Wahl zur Fachbereichsvorsitzenden „Technik und Gewerbe“ und damit stellvertretenden BLV-Vorsitzenden.

Wohl keine Berufliche Schule war auf dem BLV-Delegiertentag in Fellbach so zahlreich vertreten wie die Gewerbliche Schule in Biberach:

Sechs Delegierte, darunter die Fachbereichsvorsitzende, der stellv. Fachbereichsvorsitzende und Landesbezirksvorsitzende, der Regionalgruppenvorsitzende und der Verbandsbeauftragte. Reichlich Unterstützung aus Oberschwaben für den neu gewählten Vorstand.

Martin Fillinger



Gabriele Schäffer, Alexandra Hudler, Robert Döring, Renate Granacher-Buroh, Clemens Hartelt und Martin Fillinger

Anzeige



In der Vita Classica Bad Krozingen purzeln die Pfunde

Gewichtsabnahme mit Garantie durch AquaCycling

Abnehmen durch AquaCycling – das ist nicht nur ein Wunsch vieler Übergewichtiger, sondern auch durch Praxis belegte Realität. In Bad Krozingen bietet die Kur und Bäder GmbH dreiwöchige Spezialprogramme, bei denen die Teilnehmer zwischen fünf und zehn Kilogramm abnehmen können.

Im Mittelpunkt des dreiwöchigen Aufenthaltes in Bad Krozingen steht das Ausdauertraining. Dreimal pro Woche wird auf speziellen AquaCycling-Rädern im Wasser gestrampelt. Das kohlenstoffreiche Mineral-Thermalwasser entlastet dabei die Gelenke. Herkömmliches Training an Land wäre bei Übergewicht durch die starke Belastung zu gefährlich für die Gelenke. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Zielgruppen mit einem Body-Mass-Index zwischen 25 und 35.

Für die regionalen Gäste wird ein Kurs angeboten der bis zu 33 Einheiten AquaCycling für € 259,- beinhaltet. Dreimal pro Woche muss 45 Minuten auf einem Fahrrad im warmen Thermalwasser trainiert werden. Das Training erfolgt in der Regel mit Pulsuhren. Regelmäßiges Wiegen und Blutdruckmessungen sind selbstverständlich. Bei Interesse kann auch eine spezialisierte Ernährungsberatung stattfinden.

Das dreiwöchige Spezialprogramm inklusive Übernachtung und Frühstück, freie Fahrt mit Bus und Bahn in der Schwarzwald-Region durch die Konus-Gästekarte, täglichem Eintritt in die Vita Classica-Therme, je zehn Trainingseinheiten AquaCycling und Wassergymnastik, je sechs Trainingseinheiten medizinische Trainingstherapie und Nordic Walking sowie ein ärztliches Vorgespräch kann bereits für € 1.609,- absolviert werden. Auch eine einwöchige Pauschale mit Übernachtung zur Gewichtsabnahme ist ab € 609,- möglich.

Die Gewichtsreduktion kann auch als dreiwöchige offene Badekur oder Kompaktkur durchgeführt werden. Dies hat den Vorteil, dass die Krankenkasse einen Großteil der Anwendungen übernimmt.

Unter **Telefon-Nr. 07633 4008 - 120** oder **mail@bad-krozingen.info** können sich Interessenten bei der Kur und Bäder GmbH Bad Krozingen beraten lassen.



BLV-Delegiertentag wählt Herbert Huber zum neuen Vorsitzenden Die Delegiertenversammlung des BLV fordert

Stuttgart, 21.02.2014

- 1.050 Stellen für die beruflichen Schulen bei der Lehrereinstellung 2014
- Verzicht auf die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Entlassung der Referendarinnen und Referendare in den Sommerferien
- Erhalt des Entlastungskontingents und der Altersermäßigung

(Fellbach) Rund 250 Delegierte aus ganz Baden-Württemberg wählten mit überwältigender Mehrheit Herbert Huber zum neuen Vorsitzenden des Berufsschullehrerverbandes Baden-Württemberg (BLV). Huber tritt damit die Nachfolge von Margarete Schaefer (Pforzheim) an, die aber als stellvertretende Vorsitzende weiterhin im BLV-Vorstand tätig bleibt. Herbert Huber war bisher stellvertretender Vorsitzender und ist im Hauptamt Schulleiter der Kaufmännischen Schulen in Lahr.

In Anwesenheit von Kultusminister Stoch und den Fraktionsvorsitzenden Hauk (CDU), Sitzmann (Grüne) und Dr. Rülke (FDP) forderte Huber die Landesregierung auf, im laufenden Jahr an den beruflichen Schulen 1.050 Lehrerstellen zu besetzen. Zur Begründung wies er darauf hin, dass ca. 650 Stellen durch Pensionierungen, Elternzeiten und Reduzierungen frei würden und 400 Stellen zusätzlich zum weiteren Abbau des strukturellen Defizits (2,2%) und der Überstundenbugwelle im Umfang von 1.800 Deputaten notwendig seien. Im Übrigen seien entgegen allen Prognosen die Schülerzahlen gerade im personalintensiven beruflichen Vollzeitbereich um 4.500 Schüler gestiegen. Die heutigen Regierungsparteien hätten kurz vor der Landtagswahl im Minderheitenvotum der Enquêtekommision für drei Jahre jährlich 400 Neustellen für berufliche Schulen selbst eingefordert.

Gleichzeitig forderte Huber die Landesregierung auf, die Besoldungskürzung bei den neu eingestellten Lehrkräften um 8 % zurückzunehmen und von der Praxis abzugehen, fertig ausgebildete Lehrkräfte zu Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, um sie dann zum Unterrichtsbeginn im September wieder einzustellen. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn bei solchen Bedingungen die besten Bewerber in andere Bundesländer abwanderten. Die Kürzungen der Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte und der Anrechnungen für außerunterrichtliche Aufgaben im kommenden Schuljahr führten zu einem Vertrauensverlust und zu einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen der beruflichen Schulen.

Mit großer Mehrheit unterstützten die Delegierten in einer Resolution Hubers Forderungen an die Landesregierung. Die Resolution ist dieser Pressemitteilung als Anlage beigefügt.

Resolution der Delegiertenversammlung des Berufsschullehrerverbands BW

Die Delegiertenversammlung des BLV fordert

Fellbach, 21. Februar 2014

- 1.050 Stellen für die beruflichen Schulen bei der Lehrereinstellung 2014
- Erhalt des Entlastungskontingents und der Altersermäßigung
- Verzicht auf die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Entlassung der Referendarinnen und Referendare in den Sommerferien

Berufliche Schulen haben auch im Schuljahr 2014/2015 steigende Schülerzahlen. Berufliche Schulen haben immer noch ein Defizit über 2,2 % und eine Bugwelle von ca. 1.800 Deputaten. Des Weiteren besteht Bedarf aufgrund der Ausweitung von Bildungsgängen (z. B. Erzieherausbildung) und der Einrichtung zusätzlicher Beruflicher Gymnasien. Der BLV rechnet mit 650 wiederbesetzbaren Stellen.

Der BLV fordert daher die Besetzung aller wiederbesetzbaren Stellen im Umfang von 650 Deputaten. Zu Deckung des zusätzlichen Bedarfs fordern wir 400 weitere Stellen entsprechend des Minderheitenvotums der Regierungsfractionen in der Enquêtekommision, also insgesamt 1.050 Stellen. An Beruflichen Schulen gibt es keinen Spielraum für Stellenstreichungen.

Mit Empörung wenden sich die Delegierten gegen die **Reduzierung des Entlastungskontingents**. Berufliche Schulen verlieren durch die Streichung 25 % bis 35 % des Entlastungskontingents. Zusatzaufgaben wie die Betreuung von Sammlungen, die Organisation von Auslandsaufenthalten von Schülern oder die Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität können nicht zum Nulltarif übernommen werden. Den Hinweis des Kultusministeriums, diese Aufgaben seien in der Arbeitszeit bereits berücksichtigt, weisen die Delegierten des BLV zurück.

Durch das **Hinausschieben der Altersermäßigung** verliert die Politik weiter an Vertrauen. Die Altersermäßigung ist keine Besserstellung von Lehrkräften, schon gar keine Diskriminierung von Lehrkräften, auch keine freiwillige Leistung der Landesregierung, sondern sie ist als Umsetzung einer Arbeitszeitreduzierung innerhalb des öffentlichen Diensts im Lehrerbereich eingeführt worden. Das Bestehenbleiben der Altersermäßigung war auch eine Zusage der vorherigen Landesregierung im Zuge der Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Lehrkräfte und eine Maßnahme des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Die Delegierten des Berufsschullehrerverbands protestieren scharf gegen das wiederholte Hinausschieben der Altersermäßigung. Die Delegierten fordern die Einhaltung der ursprünglichen Zusagen der Landesregierung.

Beamtinnen und Beamten, die nach § 23 Landesbesoldungsgesetz erstmals einen Anspruch auf Besoldung haben, erhalten einen Abzug vom Gehalt in Höhe von bis zu 8 % für einen Zeitraum von drei Jahren (**abgesenkte Eingangsbesoldung**). Insbesondere die neu eingestellten jungen Lehrkräfte sind von dieser Regelung betroffen. Die Delegierten des BLV protestieren gegen diese Diskriminierung der Dienstanfänger und fordern die Abschaffung der ungerechten Kürzung der Eingangsbesoldung. Außerdem fordern die Delegierten des BLV die Bezahlung der nach dem Referendariat neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen ab dem 1. August des jeweiligen Jahres.

Zumeldung zur PM des Statistischen Landesamtes vom 27.01.2014 zum Anstieg der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen

Berufliche Schulen brauchen auch 2014 zusätzliche Lehrerstellen Für Stellenstreichungen gibt es keinen Spielraum

Stuttgart, 27.01.2014

Der Schülerzuwachs von 2,7 % an den beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere an den Beruflichen Gymnasien und den Berufskollegs (+ 4.436) bei gleichzeitigem geringfügigen Rückgang der Zahl der Teilzeitberufsschüler um 2.743 (= 1,4%) zeigt, dass an beruflichen Schulen kein Spielraum für Stellenstreichungen gegeben ist, erklärte die Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes (BLV) Margarete Schaefer. Vielmehr müsste der Stellenbestand wie im Vorjahr um 400 Lehrerstellen aufgestockt werden. Nur so könne vermieden werden, dass das strukturelle Defizit wieder ansteigt und ein Einstieg in den Abbau der Überstundenbugwelle (derzeit rund 1.800 Lehrerdeputate) ermöglicht wird. Bei der Analyse der unterschiedlichen Entwicklung der Schülerzahlen im Voll- und im Teilzeitbereich müsse berücksichtigt werden, dass ein Vollzeitschüler wöchentlich rund 30 Unterrichtsstunden, der Teilzeitschüler dagegen nur 13 Unterrichtsstunden erhält.

Der Anstieg der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen entgegen allen Prognosen zeigt wieder einmal, wie fehlerhaft die Vorausrechnungen sind, und dass es ein Fehler war, die Entscheidungen über die Verteilung von Lehrerstellen auf diese Prognosen zu stützen, so Margarete Schaefer (BLV) abschließend.

Personalratswahlen 2014

Alle Stimmen den Beruflichen Schulen – BLV wählen!



BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten für den HPR Berufliche Schulen

Bei den Personalratswahlen vom 13. bis 15. Mai 2014 wählen Sie mit Ihrer Personalvertretung auch die Richtung, in die sich das berufliche Schulwesen in Baden-Württemberg weiter entwickeln

soll. Der BLV steht für ein starkes berufliches Schulwesen mit einem vielfältigen Bildungs- und Ausbildungsangebot für Jugendliche nach dem Motto: Kein Abschluss ohne Anschluss.

Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen fördern und fordern die Jugendlichen, begleiten sie durch die duale Ausbildung oder öffnen Ihnen durch die beruflichen Vollzeitschulen zusätzliche Bildungschancen. Der BLV setzt sich gezielt dafür ein, dass neben dem so genannten Übergangssystem, die Berufsfachschulen, die Berufskollegs, die Berufsoberschulen und die Beruflichen Gymnasien erhalten und weiterentwickelt werden.

Unsere Erfolge:

- Zusätzliche Lehrerstellen erreicht (zuletzt 375 Stellen zum SJ 2013/14)
- Grundsätzlicher Erhalt der Altersermäßigung gelungen
- Einbeziehung der Beruflichen Schulen in Regionale Schulentwicklungsprozesse durchgesetzt
- Aufstiegslehrgänge in den Höheren Dienst ausgebaut
- Aufstiegsmöglichkeiten für Technische Lehrkräfte geschaffen
- Mehr Lehrerwochenstunden für Berufliche Gymnasien erreicht
- Durch die Mitwirkung in der Enquêtekommission (2010) Berufliche Schulen langfristig gestärkt
- Bildungsangebote im Ergänzungsbe-
reich über Enquêtetitel ausgebaut
- Zusätzliche finanzielle Mittel für
schulbezogenes Fortbildungsbudget
erreicht

- Ganztagsbeschulung auch an Beruflichen Schulen ermöglicht
- Weitere Bildungsangebote an Beruflichen Gymnasien realisiert
- Weiterführung der Sonderpädagogischen Lehrgänge erreicht
- Beteiligungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) der Personalvertretungen erweitert
- Freistellungen für Örtliche Personalvertretungen erhöht
- Datenschutzrechte der Kolleginnen und Kollegen eingefordert
- Alternativen zur bisherigen Fremdevaluation initiiert
- Erhöhungen der wöchentlichen Arbeitszeit verhindert

Unsere Forderungen:

- Keine weiteren Stellenstreichungen an Beruflichen Schulen
- Alle freiwerdenden Lehrerstellen wiederbesetzen
- Zusätzliche Lehrerstellen für zusätzliche pädagogische Aufgaben
- Abbau der Überstundenbugwelle durch Zeitausgleich ermöglichen
- Referendarinnen/Referendare ohne zeitliche Unterbrechung einstellen
- Eingangsbesoldung der neu eingestellten beamteten Lehrkräfte anheben
- Wöchentliche Lehrerarbeitszeit absenken
- Außerunterrichtliche Tätigkeiten auf die Arbeitszeit angemessen anrechnen
- Regelungen beim Freistellungsjahr variabler gestalten
- Neustrukturierung der Altersermäßigung, d. h. stufenweiser Ausbau der Altersermäßigung bis max. sechs Wochenstunden
- Altersteilzeit für alle Lehrkräfte einführen
- Wirksame Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen durchführen
- Ganzheitliches Gesundheitsmanagement endlich umsetzen
- Mittel für die regionale Lehrerfortbildung erhöhen
- Sonderpädagogische Lehrgänge ausbauen
- Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 und A 14 verbessern
- Anzahl der Funktionsstellen (A 12 und A 15) erhöhen
- Aufstiegsmöglichkeiten für Techni-

sche Lehrkräfte erweitern

- Zahl der Stellen für Beratungslehrkräfte anheben
- Weitere Sozialarbeiter, Schulpsychologen, Jugendberufshelfer einstellen

Unser Ziel:

Erreichtes erhalten und ausbauen, notwendige Veränderungen anregen und einfordern, Innovationen in der Berufsausbildung/Bildung mitgehen. Dazu gehören insbesondere die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen zu verbessern und eine eigenständige Schulstruktur eines starken beruflichen Schulwesens zu erhalten.

Unser Aufruf:

Am 13. bis 15. Mai 2014 entscheiden Sie mit Ihren Stimmen über die zukünftige Mehrheit in den Personalratsgremien: Im Hauptpersonalrat und in den vier Bezirkspersonalräten. Wir haben für alle Personalratsgremien „Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten“, die bereit sind sich engagiert der Personalratsarbeit zu widmen! Hunderte Kolleginnen und Kollegen aus nahezu allen Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg unterstützen den BLV mit ihrer Kandidatur.

Iris Fröhlich, Gerd Baumer

Gehen Sie wählen!

**Verschenken Sie keine Stimme!
Wählen Sie die Kolleginnen und Kollegen des BLV!
Der BLV- Ihre Interessenvertretung!**

Anzeige

Debeka **Versichern und Bausparen** Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

Landesgeschäftsstellen in Baden-Württemberg

Stadtpalais am Friedrichsbau
Kaiser-Joseph-Straße 272
79098 Freiburg
Telefon (07 61) 3 86 54 - 0

Augustaanlage 22-24
68165 Mannheim
Telefon (06 21) 17 02 78 - 0

Rotebühlstraße 81
70178 Stuttgart
Telefon (07 11) 6 19 69 - 0
www.debeka.de

anders als andere **Debeka**

BLV-Spitzenkandidatinnen/-Kandidaten der Stufenvertretungen



BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten für den BPR Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Stuttgart



BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten für den BPR Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Karlsruhe



BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten für den BPR Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Freiburg



BLV-Spitzenkandidatinnen/-kandidaten für den BPR Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Tübingen

Aktuelles aus dem HPR

1. HPR BS Einigungsstelle gibt HPR BS Recht: Keine weitere Kürzung bei den regionalen Lehrerfortbildungsmitteln in 2014

„Die Erkenntnisse und Ergebnisse der während der vergangenen Legislaturperiode durchgeführten Enquêtekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ sind die Grundlage für unsere berufliche Bildungspolitik. Die im Konsens zwischen allen Fraktionen getroffenen Handlungsempfehlungen bewerten wir grundsätzlich positiv und wir bekennen uns ausdrücklich zu ihrer Umsetzung.“

Mit dieser Aussage im Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2011 bestätigte die neue Landesregierung ausdrücklich, dass sie auf Grundlage der Ergebnisse dieser Enquêtekommission die Schwerpunkte ihrer Beruflichen Bildungs- und Ausbildungspolitik setzen werde.

Eine Empfehlung dieser parteiübergreifenden Kommission war es also, die Fort- und Weiterbildung an beruflichen Schulen auszubauen. Trotz dieser politischen Zielsetzung entschied jedoch die ehemalige Amtsleitung im Kultusministerium bereits im August 2011, dass der sogenannte Hebesatzfaktor bei den beruflichen Schulen bis zum Jahr 2014 von 2,0 (d. h. eine doppelte finanzielle Mittelzuweisung pro „Lehrerkopf“ im Bereich der regionalen Lehrerfortbildung) auf 1,0 abgesenkt werde.

Nachdem der HPR BS daraufhin in den Jahren 2012 und 2013 dieser Mittelverteilung nicht zustimmte, jedoch in den Auseinandersetzungen mit dem KM nicht Recht bekam (Beschlüsse der jeweiligen Einigungsstellenverfahren), fand am 20. März 2014 erneut ein Einigungsstellenverfahren für die Verteilung der Mittel im Jahr 2014 statt.

Nachdem erneut eine sehr umfangreiche schriftliche Stellungnahme des Hauptpersonalrats vorlag, diese weitere mündliche Erläuterungen in der Verhandlungssitzung ergänzt wurde, fasste die Einigungsstelle mehrheitlich

(mit den Stimmen des HPR BS und des Vorsitzenden Richters) den folgenden Beschluss:

„Es wird empfohlen, die Verteilung der Mittel für die regionale Lehrkräftefortbildung zugunsten des Beruflichen Schulwesens den Hebesatzfaktor von 1,5 beizubehalten.“

Mit dieser Empfehlung wurde der Amtsleitung im Kultusministerium deutlich signalisiert, dass eine weitere beabsichtigte Mittelabsenkung von knapp 30 % im Vergleich zum Vorjahr (2014 = 302.500 €, 2013 = 428.000 €) sachlich nicht mehr zu vertreten sei.

Vergleicht man die Mittelzuweisung aus dem Jahr 2006 (828.100 €) mit dem Betrag der in 2014 noch zur Verfügung steht, ist dies innerhalb von acht Jahren eine Reduzierung der Mittel um 63,5 %.

Die „Anrechnung“ der zusätzlichen Mittel, die seit dem Jahr 2011 über die Enquêtekommission bereit stehen (2011 = 1.000.000 €/Jahr, seit 2012 = 500.000 €/Jahr) ist aus Sicht des HPR BS hierbei nicht zulässig. Es widerspricht auch der Intention des Landtags, diese Mittel als „Kompensationsmasse“ für eine strukturelle Mittelabsenkung bei den beruflichen Schulen anzurechnen. Diese Mittel waren und sind für ein Segment der Lehrerfortbildung einzusetzen (insbesondere für Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Fachkräftequalifizierung), in dem kein entsprechendes LFB-Angebot gemacht werden kann, da entweder das entsprechende Fachpersonal im System Schule nicht zur Verfügung steht, eine flächendeckende Finanzierung nicht finanzierbar ist, oder lediglich nur einzelne hochspezialisierte Fortbildungen notwendig sind.

Nun bleibt es abzuwarten, wie die Amtsleitung im Kultusministerium mit dem Beschluss der Einigungsstelle – der einen empfehlenden Charakter hat – umgeht!

Für die BLV-Personalrätinnen und BLV-Personalräte wird mit der Entscheidung



Iris Fröhlich

auch deutlich werden, welchen Stellenwert die Berufliche Ausbildung/Bildung wirklich hat.

2. Bereitstellung von zusätzlichen LFB-Mitteln für die Gemeinschaftsschulen (GMS)

Anfang Januar 2014 lag den Hauptpersonalräten zur Kenntnisnahme und zur Zustimmung ein Schreiben des KM vor, in dem mitgeteilt wurde, dass den Gemeinschaftsschulen im Zuge des zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2013/2014 zusätzliche Mittel von 500.000 € zur Verfügung gestellt werden. Begründet wird dies mit dem bildungspolitischen Anliegen der Landesregierung den Gemeinschaftsschulen (derzeit 209 GMS mit ca. 1.845 Planstellen für Beamte gem. StHPL. 2014) in der Aufbauphase zusätzliche Mittel für Lehrkräftefortbildungen zur Verfügung zu stellen.

Vor dem Hintergrund der zeitgleichen geplanten weiteren Mittelreduzierung bei den beruflichen Schulen, einer mehrfachen Berücksichtigung der GMS bei der Mittelverteilung 2014 (z. B. mit einem „Vorwegabzug“ von 150.000 € nur für die GMS-Lehrkräfte) lehnte der HPR BS diese Mittelverteilung ab. Zudem forderte der HPR in seiner Stellungnahme, dass auch Lehrkräfte aus den beruflichen Schulen an den Fortbildungsangeboten für die GMS – insbesondere in Bereichen wie Individualisierung und Umgang mit Heterogenität, Medienfortbildung, Wunschkurse, Pädagogische Werkstatt, ... – partizipieren können.

Das KM teilte dem HPR BS auf seine Einwendungen Anfang März schriftlich mit, dass aus seiner Sicht im Rahmen der Mittelzuweisung keine weiteren Veranlassungen notwendig seien.

3. Änderung des Schulgesetzes – Drittelparität in der Schulkonferenz

„Schulleitung und Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sind gleichberechtigte Partner in der Schule. Sie werden künftig zu je einem Drittel in der Schulkonferenz vertreten sein. Der Schulträger wirkt beratend mit.“

Diese Zielsetzung im Koalitionsvertrag von 2011 wird derzeit in der vorliegenden Entwurfsfassung zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg konkretisiert und befindet sich bis zum 10.04.2014 im Anhörungsverfahren.

Neben der gesetzlichen Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen und an den Grundstufen der Förderschulen, der Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens und anderer Regelungen, die geändert werden sollen, ist in § 47 SchG die neue Zusammensetzung der Schulkonferenz verdeutlicht.

In der Regel gilt danach an beruflichen Schulen:

- Schulleiter/in (Vorsitz)
- Elternbeiratsvorsitzende/r (stellv. Vorsitz)
- Schülersprecher/in
- jeweils drei Vertreter/innen der Lehrer/innen, der Eltern, der Schüler/innen
- drei weitere Vertreter/innen aus dem Kreis der für die Berufserziehung der Schüler/innen Mitverantwortlichen
- Verbindungslehrer/in mit beratender Stimme (bei Angelegenheiten der Schülermitverantwortung)

Aus Sicht der BLV-Personalrätinnen und BLV-Personalräte werden bei dieser Zusammensetzung die Interessen und Belange derjenigen, die in der Regel über viele Jahrzehnte am Arbeitsplatz „Schule“ tätig sind, die diesen Arbeitsplatz entscheidend mitgestalten und

„beleben“, nur ungenügend berücksichtigt. Lehrerinnen und Lehrer sind gemeinsam mit ihren Schulleitungen wesentlich für das Gelingen des Erziehungs- und Lernprozesses, für die Lernatmosphäre an der Schule, für ein friedliches und kooperatives Miteinander zuständig. Diesen Herausforderungen stellen sie sich auch! Deshalb ist aus Sicht des BLV ein höheres Beteiligungsrecht der Lehrkräfte in der Schulkonferenz dringend erforderlich.

4. Weiterentwicklung des Schulleiterbesetzungsverfahrens, Verwaltungsvorschrift Funktionsstellen

„Wir wollen das Berufsbild Schulleitung entlang seiner veränderten Anforderungen weiterentwickeln. Des Weiteren gilt es, das Verfahren zur Besetzung von Schulleitungsstellen neu zu gestalten. Ziel ist es, der Schulkonferenz und dem Schulträger mehr Mitentscheidungskompetenz zu übertragen.“

In Folge der stärkeren Beteiligung der Schulkonferenz und des Schulträgers beabsichtigt die Landesregierung auch das Verfahren zur Besetzung von Schulleitungsstellen neu zu gestalten. Den Hauptpersonalräten liegt derzeit der Entwurf einer Verwaltungsvorschrift vor, die die Einzelheiten zum Schulleiterbesetzungsverfahren (§ 40 SchG) neu regelt.

Wesentliche Neuerung ist die Bildung einer Auswahlkommission, die aus zwei Mitgliedern der Schulaufsicht sowie aus einem Vertreter/einer Vertreterin des Schulträgers und einem Mitglied der Schulkonferenz besteht.

Die Mitglieder dieser Auswahlkommission sollen

- im gesamten Verfahren unverändert bleiben.
- Sie sind auf ihre Pflicht zur Diskretion und Vertraulichkeit im Umgang

mit den Personaldaten und Tatsachen, die ihnen im Rahmen ihrer Funktion bekannt werden, ausdrücklich hinzuweisen.

- Diese Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Besetzungsverfahrens fort.
- Sie nehmen am Überprüfungsverfahren als Beobachter teil, um Transparenz herzustellen.
- Sie können intern in der Auswahlkommission nach Abschluss jedes Verfahrensteils Stellung nehmen. Ihre Eindrücke aus dem Überprüfungsverfahren (die im Hinblick auf die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung - „Bestenauslese“ - relevant sind), werden in die Bewertung der Überprüfungsmaßnahmen einbezogen.
- Die Mehrheit der Stimmen der Auswahlkommissionsmitglieder entscheidet sodann über den Besetzungsvorschlag an die Gremien.
- Bei Stimmgleichheit entscheidet die Schulaufsichtsbehörde über den Besetzungsvorschlag.

Die BLV-Personalrätinnen und BLV-Personalräte begrüßen grundsätzlich den höheren Stellenwert der Schulkonferenz beim Schulleiterbesetzungsverfahren. Allerdings gestaltet sich das geplante Verfahren erheblich aufwändiger als bisher. Eine Verzögerung der tatsächlichen Wiederbesetzung der Stelle darf nicht die Konsequenz sein.

Außerdem muss sichergestellt werden, dass auch den Regierungspräsidien, infolge des erhöhten Aufwands beim Schulleiterbesetzungsverfahren und der Vielzahl an anderen Funktionsstellenbesetzungsverfahren (stellv. Schulleitungen, Abteilungsleiter/innen, Fachberater/innen, Fachleiter/innen) genügend Personal zur Verfügung stehen.

Iris Fröhlich

Sagt mir, was ich sagen soll, und ich sage euch, warum ich nicht will.

Brana Crncevic

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtensbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾ 6,99 % Sollzinssatz (veränderlich) p. a.²⁾

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von max. 75.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an (Verlängerung möglich).

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder
 Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

+ 30,- Euro Startguthaben über das

dbb vorsorgewerk
 günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

BLV-Positionen zu den Eckpunkten zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg

Übergang von der Schule in den Beruf

- Jegliche Angebote der Dualen Ausbildungsvorbereitung (AV Dual), der Dualen Berufsqualifizierung (BQ Dual) und der Betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) müssen den individuellen Befähigungen, Begabungen und Interessen der Jugendlichen angepasst sein.
- Bei den vorgesehenen Praktika- und Ausbildungsplätzen muss den Bewerberinnen und Bewerbern eine ausreichende Zahl und Vielfalt von Wahlmöglichkeiten unabhängig von deren aktueller Marktgängigkeit garantiert werden.
- Dies gilt für alle dualen Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen, kaufmännischen, haus- und landwirtschaftlichen sowie sozialen Bereich, aber auch für den öffentlichen Dienst bei Verwaltungen und Polizei.
- Die freie Ausbildungsplatz- und Berufswahl ist zu gewährleisten. Eine Lenkung von Schülerströmen, z. B. in Berufsausbildungen mit Bewerbermangel, wird abgelehnt.
- Für Bewerberinnen und Bewerber mit besonderem Förderbedarf, z. B. Lern- und Leistungsschwache, Behinderte, Benachteiligte, Migrantinnen und Migranten, sind individuelle Berufswege in Absprache zwischen Berufsschulen und Kammern vorzusehen.
- Ein Erfolg von AV Dual und BQ Dual wird vom Gelingen der Bildungsmaßnahmen an den Beruflichen Schulen abhängen. Dabei gilt es, die hohen

pädagogischen Kompetenzen der Lehrkräfte für die berufliche Bildung zu nutzen und sie für die besonderen Anforderungen weiterzubilden.

- An den Beruflichen Schulen sind die Angebote an Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit deutlich zu erhöhen.
- Für BQ Dual müssen vollzeitschulische Bildungsgänge bis zur Abschlussprüfung der zuständigen Kammer ermöglicht werden. Mit den vorhandenen Werkstätten, Übungsfirmen, Juniorenfirmen, Lehrküchen, IT-Räumen, Praxis- und Laborräumen sind die Beruflichen Schulen dafür bestens ausgestattet. Zusammen mit den pädagogischen Kompetenzen des Lehrpersonals sind Berufliche Schulen besser dafür geeignet als freie Träger.
- Praktikums- und Ausbildungsplätze werden von der ausbildenden Wirtschaft und der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Nur wenn dauerhaft ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden, kann das Übergangssystem neu gestaltet werden. Davon hängt der Erfolg in den Erproberungsregionen ab.

Sicherung der Bildungsangebote der Beruflichen Vollzeitschulen

- Die bewährten Wege zu höheren Bildungsabschlüssen über die zweijährigen Berufsfachschulen zur Fachschulreife, über die Berufskollegs zur Fachhochschulreife und über die Beruflichen Gymnasien zur Hoch-

schulreife sind auch in Zukunft unverzichtbar. Der Bildungsaufstieg über die Berufliche Schulen ist zu garantieren. Darauf vertrauen die Jugendlichen und deren Eltern.

- Die freie Schulwahl als verfassungsmäßig garantiertes Freiheitsrecht ist unantastbar! Eine staatliche Lenkung von Absolventinnen und Absolventen aus dem allgemein bildenden Schulwesen, z. B. direkt in eine duale Berufsausbildung, verbietet sich.
- Die Beruflichen Vollzeitbildungsgänge vermitteln neben einer zusätzlichen Allgemeinbildung ein hohes Maß an berufsfachlichen und berufspraktischen Kompetenzen. Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben bei den Betrieben eine außerordentlich hohe Akzeptanz. Sie finden deshalb regelmäßig und bevorzugt einen dualen Ausbildungsplatz.
- Die Schülerinnen und Schüler aus Berufsfachschulen, Berufskollegs und Beruflichen Gymnasien tragen aufgrund ihrer hohen Qualifikation entscheidend zum ausgezeichneten Ruf des dualen Ausbildungssystems in Baden-Württemberg bei.
- Nach erfolgreichem Abschluss sind den Schülerinnen und Schülern der Beruflichen Vollzeitschulen zeitliche Verkürzungen in der Ausbildung einzuräumen.
- Absolventinnen und Absolventen aus Berufskollegs und Beruflichen Gymnasien, die sich für ein Hochschulstudium entscheiden, stehen anschließend der Wirtschaft als qualifizierte Nachwuchskräfte für die Leitungs- und Führungsebene zur Verfügung.

BLV-Vorstand

Berufliche Schulen bieten umfassende, qualifizierte Berufs- und Allgemeinbildung!

Neue Internetpräsenz des BLV jetzt mit Mitglieder-Login

Für alle Mitglieder des BLV ist ab April 2014 über unsere Internetpräsenz ein Mitgliederlogin eingerichtet.

Damit erhalten Sie über Ihren automatisierten eingerichteten Mitgliederlogin BLV-interne Informationen. Auch der von Bernhard Arnold erstellte Newsletter erhalten Sie wie bisher, oder auf Antrag, über diesen internen Verteiler zugesandt.

Schauen Sie doch einfach mal rein unter: www.blv-bw.de

Ihre Onlineredaktion



Fachbereich Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik und Landwirtschaft

Kindheit – eine Erfindung des 19. Jahrhunderts

Unter diesem Titel zeigte das Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts in Baden-Baden eine Ausstellung, die die Auszubildenden im ersten Jahr der praxisintegrierten Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher (3BKSPIT) an der Johanna-Wittum-Schule in Pforzheim besuchten.

Wie Kinder im 19. Jahrhundert wahrgenommen wurden und wie Kindheit gestaltet wurde, konnten die angehenden Erzieher und Erzieherinnen anhand der ausgestellten Portraits und Spielsachen nachvollziehen.

Galtten Kinder zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch als „kleine Erwachsene“ und wurden als unreife und unmündige Wesen angesehen, begann sich das Bild mit Etablierung des Bürgertums zu wandeln. Kinder erhielten vor allem in dieser sozialen Schicht einen zentralen Platz in der Familie und waren Gegenstand erzieherischer Bemühungen. Die Rolle des Kindes in dieser Zeit war in

erster Linie eine rezeptive und wenig aktive.

Das aktuell gelehrt Kindbild des kompetent agierenden Kindes konnten die angehenden Erzieherinnen und Erzieher eindrucksvoll anhand einer Präsentation der „Forschergruppe“ des Museums feststellen. Dabei handelt es sich um Schülerinnen und Schüler einer Förderschule, die im Rahmen eines Museum-

sprojektes unter Leitung der Museumspädagogin Mirjam Elburn eine eigene Ausstellung initiierten und durchführten und die Gelegenheit nutzten, den Auszubildenden voller Stolz ihre Exponate zu präsentieren und vorzustellen. Dieser Abschluss bildete für die Auszubildende einen Höhepunkt und stellt, wie die Ausstellung selbst, einen idealen Anstoß zu weiteren Reflexionen der eigenen erzieherischen Einflussnahme dar.

Sabine Sand



Angehende Erzieherinnen und Erzieher im ersten Jahr der praxisintegrierten Ausbildung (3BKSPIT) auf den Spuren der Kindheit

VLW-Lehrerbildungsausschuss Bund tagt erstmalig gemeinsam mit der AG Junge Wirtschaftspädagogen am 14./15. März 2014 in Fulda



Dr. Melanie Hoppe (2. Reihe links) und Pankraz Männlein (2. Reihe rechts) mit den Mitgliedern der AG Junge Wirtschaftspädagogen und des VLW- Lehrerbildungsausschuss.

Der VLW-Lehrerbildungsausschuss Bund, zu dem jeder VLW-Landesverband ein Mitglied entsendet, tagt mindestens zweimal jährlich und tauscht sich aus zu neuen Tendenzen und Entwicklungen in der Lehrerausbildung der 16 Bundesländer. Für den BLV ist Dr. Oliver Greuling Mitglied und damit Vertreter des Landes Baden-Württemberg im LBA. Vorsitzender des LBA ist Herr Pankraz Männlein aus Bamberg. Sein Vorgänger im Amt war Dr. Ernst G. John, der zusammen mit Frau Dr. Angelika Rehm heute den Bundesvorsitz des VLW innehat.

Ziel des LBA ist es derzeit, eine detaillierte **Länderübersicht** über Lehrerausbildungsgänge im Studiengang Wirtschaftspädagogik sowie im darauf folgenden Vorbereitungsdienst zu erstellen. Um nur einige Ergebnisse zu nennen, zeigt sich, dass die Ausbildungswege im Rahmen des Referendariats teilweise hochgradig divergieren in Bezug auf die Anforderungen, die Volumina an abzuleistenden Unterrichtsstunden, den Betreuungsumfang an Seminaren und Schulen und die Entlohnung. Wesentlich umfassender wird die Übersicht hinsichtlich der Studiengänge in Wirtschaftspädagogik. Grund dafür sind die sich noch

immer ändernden länderspezifischen Anforderungen einerseits aber vor allem die unterschiedlichen Ausprägungen der Prüfungsordnungen an den Hochschulstandorten. Das ist selbst dann der Fall, wenn die Standorte in demselben Bundesland liegen. Letzteres mag auf die noch immer anstehenden Umstrukturierungen vom Diplom auf die BA-/MA-Struktur zurückgehen.

Es lag in der Vorbereitung der Sitzung auf der Hand, dass es Sinn macht, sich mit den unmittelbar Betroffenen und damit dem potentiellen Nachwuchs über diese Themen auszutauschen. Aus diesem Grund kamen die Vorsitzende der AG Junge Wirtschaftspädagogen, Dr. Melanie Hoppe (Berlin), und Herr Pankraz Männlein (Bamberg) darüber ein, dass man eine gemeinsame Sitzung veranstalten wolle. Somit stand die Tagung des LBA am 14. und 15. März 2014 in Fulda ganz im Zeichen dieser gemeinsamen Tagung.

Mitglieder der AG Junge Wirtschaftspädagogen sind, wie der Name zunächst vermuten lässt, nicht nur Studierende der Wirtschaftspädagogik, sondern im Wesentlichen junge Kolleginnen und

Kollegen aller Bundesländer, aus denen auch mehrere Mitglieder entsendet werden. Neben der **Länderübersicht zur Ausbildung der Wirtschaftspädagogen** wurden im Wesentlichen drei Themenbereiche miteinander besprochen: **die Hochschullehrertagung 2013, die Anliegen der AG Junge Wirtschaftspädagogen** und die **Länderberichte**.

Die zurückliegende **Hochschullehrertagung vom 29./30.11.2013 in Fulda** wurde aus Sicht des einladenden LBA ausgewertet und die Ergebnisse der AG vorgetragen. Zur Hochschullehrertagung lädt der LBA im Zwei-Jahres-Turnus alle namhaften sowie jungen Professorinnen und Professoren der Wirtschaftspädagogik ein, mit der Bitte aus deren aktuellen Forschungsprojekten zu berichten. Es stieß auf großes Interesse seitens der AG, welche Professorinnen und Professoren anwesend waren und zu welchen Gebieten sie referierten. Die Themen reichten von Forschungen zur Umsetzung der Schulpraktika bis hin zu Effizienzstudien von Bildungsmaßnahmen.

Ein weiterer Punkt war die Darstellung der **Anliegen der AG bezüglich des Studiums und Referendariats und der Berufseinstiegsphase**. Wie bereits oben angeführt, ist die Umstellung auf die BA-/MA-Struktur für die im Studium Betroffenen nach wie vor von vielen Unwägbarkeiten begleitet. Besonders hervorgehoben wurde, dass der Übergang und die Durchlässigkeit vom Bachelor-Abschluss auf den für den Vorbereitungsdienst zwingend erforderlichen Abschluss als Master nicht immer gegeben sind. Während es an manchen Standorten von der Qualität des Abschluss als BA abhängig gemacht würde, ob man den MA weiter machen kann, ist es andernorts eine Deckelung, die einen davon abhalten könnte, letztlich Lehrerin oder Lehrer zu werden, oder aber beides verursacht einen Engpass, der als künstlich und darum willkürlich erlebt wird.

Dass die subjektiv erlebte Willkür mit erfolgreichem Abschluss des Studiums noch kein Ende gefunden hat, wurde in den Schilderungen zum Referendariat bekundet. Die Gelegenheit wurde genutzt, sich offen über als dogmatisch erlebte Fachseminarleiter und Fachdi-

daktiker, mäßig geplante Betreuung und Abstimmung zwischen Ausbildungsschulen und Seminaren sowie der daraus resultierenden Belastung zu äußern. Der LBA nahm die Kritik ernst und hat angeboten, die Anforderungen seitens der Seminardozenten im Rahmen Ausbildung im Referendariat besser zu publizieren, um die daraus abgeleiteten Ansprüche transparent und nachvollziehbar zu machen. Es wurde damit signalisiert, dass man die AG Junge Wirtschaftspädagogen als Kolleginnen und Kollegen auf Augenhöhe sieht.

Die Runde schloss mit den so genannten **Länderberichten**, in welchen die aktuellsten bildungspolitischen Entwicklungen aus den 16 Ländern referiert werden. Nicht nur die Fülle an Informationen überraschte wiederholt und vor allem die neuen Zuhörer, sondern die Ausprägungen und Ausgestaltungen der Sparanstrengungen in den verschiedenen Ländern, die gerade oder ausgerechnet im Bereich der Bildung vorgenommen werden. Bildung wird nahezu durchgängig im Kontext von Kosten begriffen, und weniger als Investition in

die Zukunft.

Der letzte Punkt ist mehr als Grund genug, dass sich der LBA und die AG Junge Wirtschaftspädagogen künftig gemeinsam den Herausforderungen zum Erhalt an Qualität in den Beruflichen Schulen mit kaufmännischen Fächern bemühen wollen. Die nächsten gemeinsamen Sitzungen der beiden Gremien wurden abschließend für Juni und September 2014 beschlossen.

Dr. Oliver Greuling

Technik und Gewerbe – Der Fachbereich startet in neuer Zusammensetzung



Gerd Baumer wird aus dem TuG-Vorstand verabschiedet

Am 21. Februar 2014 tagte der Fachbereich „Technik und Gewerbe“ (TuG) anlässlich des BLV-Delegiertentages in Fellbach. Im Zentrum der Fachbereichssitzung standen neben den Tätigkeitsbe-

richten der letzten drei Jahre auch die Neuwahlen für die Vertretung des gewerblichen Bereichs innerhalb des BLV. Zur neuen Fachbereichsvorsitzenden und damit Stellvertretenden BLV-Vorsit-

zenden wurde Renate-Granacher-Buroh gewählt. Die bisherige Referatsleiterin folgt damit auf Gerd Baumer, der sich aus der Verbandsspitze zurückzieht.

Kollegin Granacher-Buroh leitete in den letzten drei Jahren das Referat „Technik und Gewerbe“ und bringt mit ihrer langjährigen Erfahrung in der Schulverwaltung und als Leiterin einer der größten beruflichen Schulen im Land (Karl-Arnold-Schule in Biberach) viel Sach- und Fachwissen aus dem Beruflichen Schulwesens mit. Wer sie kennengelernt hat, schätzt ihre verbindliche, stets freundliche und offene Wesensart. Sachorientiertheit und Verlässlichkeit zeichnen sie aus. Nicht zuletzt deshalb war sie auch bereits Personalrätin und ist in allen ihren Ämtern stets eine anerkannte Gesprächspartnerin geblieben. Ihre Stellvertretung übernehmen Iris Fröhlich (Gottlieb-Daimler-Schule 1 in Sindelfingen) und Clemens Hartelt (Karl-Arnold-Schule in Biberach), beides langjährige, engagierte Personalräte und Verbandsmitglieder.

Neben Renate Granacher-Buroh rückt Michael Niedoba (Johann-Georg-Doertenbach-Schule in Calw) in den Geschäftsführenden Vorstand auf. Der bisherige stellvertretende Fachbereichsleiter TuG übernimmt nach der Wahl durch die Delegiertenversammlung als weiteres Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand zukünftig die Leitung des Referats Technik und Gewerbe (TuG). Die anwesenden Mitglieder des Fachbereichs sprachen sich ebenso einstimmig dafür aus, dass



Blick ins Plenum



V. li.: Clemens Hartelt, Iris Fröhlich, Michael Niedoba und Renate Granacher-Buroh



Iris Fröhlich, Michael Niedoba, Renate Granacher-Buroh und Gerd Baumer

Kollege Otto Deubel (Gewerbliche Schule in Schwäbisch Hall) zur Unterstützung der Referatsleitung nominiert wird. Die Mitglieder des Fachbereichs „Technik und Gewerbe“ freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Fachbereichs- und Referatsvorstand und wünschen insbesondere der Vorsitzenden für die anstehenden Herausforderungen und Aufgaben im BLV-Vorstand alles erdenklich Gute.

Es war ein bewegender Moment Gerd Baumer aus dem Fachbereich zu verabschieden. Seine Tatkraft und seine Präsenz im Verband war spürbar. Als gelernter Fleischer konnte er zwar nicht vermeiden, dass in den letzten Jahren immer wieder eine „neue Sau durchs Dorf getrieben wurde“ und auch an manch „goldene Kälber der Politik“ kam er nicht heran, dennoch gelang es ihm immer wieder vortrefflich und mit viel Würze das

Fleisch und die Wurstwaren genießbar zu halten. Gerd Baumer wird zukünftig im BLV die Online-Redaktion übernehmen und im BLBS-Bund die Technischen Lehrkräfte/Fachlehrkräfte vertreten. Der Fachbereich bedankte sich bei Gerd Baumer mit Standing Ovationen und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

Michael Niedoba und Iris Fröhlich

Auf Einsteins Spuren

Schüler der Johann-Georg-Doertenbach-Schule erforschen Einsteins Relativitätstheorie



Schüler der Jahrgangsstufe 1 des Technischen Gymnasiums am relativistischen Fahr Simulator
Foto: Braun

Mit gespanntem Blick betreten die Schüler der Jahrgangsstufe 1 des Technischen Gymnasiums der Johann-Georg-Doertenbach-Schule den Physiksaal. Dort, wo sonst mehrere Tischreihen hintereinander stehen finden sie im abgedunkelten

Raum einen Fahrrad-Hometrainer sowie mehrere Computer-Arbeitsstationen vor. Auf der Leinwand hinter dem Lehrerpult projiziert der Beamer ein simuliertes Bild des Tübinger Marktplatzes. Die Exponate sind Teil einer Ausstellung,

die am Institut für Theoretische Astrophysik der Universität Tübingen entwickelt wurde und eine Woche lang Station an der Johann-Georg-Doertenbach-Schule macht. Mittelpunkt der Ausstellung bildet eine simulierte Fahrradfahrt durch die Altstadt von Tübingen. Hierbei können die Schüler mit eigenen Augen sehen und erleben, was es bedeutet, sich nahe an der Lichtgeschwindigkeit zu bewegen. „Da die Lichtgeschwindigkeit in Wirklichkeit fast 300.000 Kilometer pro Sekunde beträgt, hätten wir die Tübinger Altstadt schneller durchquert als wir mit dem bloßen Auge wahrnehmen könnten. Deshalb wurde für die Simulation eine Welt geschaffen, in der die Lichtgeschwindigkeit nur 30 Kilometer pro Stunde beträgt, sich also im Rahmen von uns Gewohntem bewegt. So können wir beobachten, wie sich unser Eindruck von der Umgebung bei einer solchen Reise verändern würde.“, erklärt Physiklehrer Christian Braun einem auf dem Fahrrad sitzenden Schüler. Er tritt kräftig in die Pedalen und auf der Leinwand beginnen sich die Häuserfassaden Tübingens immer mehr zu krümmen. Alle Schüler wollen die Fahrradfahrt einmal



Auf der Leinwand im Physiksaal krümmen sich die Fassaden der Tübinger Altstadt
Foto: Stiftung Interaktive Astronomie und Astrophysik / Braun

erleben, auch wenn mancher dabei ordentlich ins Schwitzen gerät. Auch die Simulation zum Schwarzen Loch, sowie ein relativistischer Flugsimulator kommen bei den Schülern sehr gut an. "Ich finde es toll in der Schule die Möglichkeit zu haben, die Relativitätstheorie hautnah zu erleben.", sagt Ali Kenan Gömek. "Es hilft mir, einen besseren Einblick in die komplexe Materie von Einsteins Ideen zu bekommen." Sein Mitschüler Simon Ludin ist besonders davon beeindruckt, wie Einstein das alles schon vor hundert Jahren ohne die uns heute zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel herausfinden konnte. Am Ende der Stunde sind etliche Kilometer durch die Tübinger Altstadt zurückgelegt und die Schüler machen sich mit dem Gefühl auf den Heimweg, Einstein und seinen Ideen etwas näher gekommen zu sein.

Michael Niedoba

Schüler und Lehrer bluten: Erneute Spendenaktion an der Carl-Engler-Schule

Nach dem großen Erfolg und den positiven Resonanzen der Aktionen der vergangenen Jahren wurde durch die Projektgruppe der SMV der Carl-Engler-Schule und dem Deutschen Roten Kreuz erneut eine Blutspendeaktion im Foyer durchgeführt.

„Innerhalb der vierstündigen Aktion fanden sich 103 Blutspender ein, davon waren stolze 92 als Erstspender aktiv“ hob Verbindungslehrerin Kristin Schulz den reibungslosen Ablauf hervor. Ihr Kollege Martin Gruschka ergänzte, dass „über 50 Liter Blut gezapft werden konnte und somit ein großer Beitrag zur deutschlandweiten Blutversorgung geleistet wurde.“ Für das leibliche Wohl sorgte die Schülerschaft mit einer großen Auswahl an verschiedenen Kuchen, belegten Brötchen und Getränken. Auch hier gebührt den Unterstützern – der Metzgerei Sack,

der Bäckerei Richard Nussbaumer sowie der Sparkasse Karlsruhe – für ihre großzügigen und leckeren Spenden ein herzliches Dankeschön.



Durch das große Engagement aller Mitwirkenden konnten viele Blutkonserven gewonnen – weitere Aktionen dieser Art werden daher mit Sicherheit folgen.

Stefan Schwarzwälder

Hände weg von weiteren Besoldungskürzungen!

Presse



Bundesverband der
Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen e.V.
Federal Association of
Vocational School Teachers
in Germany

25.02.2014

BLBS: Jetzt müssen die Länder handeln!

„Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Bundesbildungsministerin Johanna Wanka im Rahmen der Meisterfeier der Handwerkskammer Dortmund am 22. Februar 2014 die ersten Meisterbriefe mit dem Hinweis überreicht hat, dass der Abschluss im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR/EQR) dem Niveau der Stufe 6 entspricht“, so Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS).

Der Hinweis auf das DQR-Niveau macht deutlich, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind: Meister und Bachelor sind dieser Stufe zugeordnet. „Auch der Aussage der Bundesbildungsministerin, dass der deutsche Meisterbrief ein Qualitätssiegel sei und der Meister und die duale Berufsausbildung nicht auf Druck der Europäischen Kommission ausgehöhlt werden dürften, unterstreichen wir vollends“, so Straubinger weiter.

Der BLBS fordert von den für die Abschlusszeugnisse zuständigen Bundesländern, nun auch die Abschlüsse der beruflichen Schulen in den DQR/EQR einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass die DQR/EQR-Niveaustufe auf dem Abschlusszeugnis der beruflichen Schulen ausgewiesen wird. Das hat die 215. Amtschefkonferenz der Kultusministerkonferenz (KMK) längst beschlossen. Der Freistaat Thüringen gilt hier mit seiner Bekanntmachung vom 23. Dezember 2013 als Vorbild und legt darin Formulierungen für Abschlüsse, Qualifikationen und doppelqualifizierende Bildungsgänge fest, die ab dem 1. Januar 2014 gelten.

Der BLBS fragt daher: Wann setzen die anderen Bundesländer den Beschluss der Amtschefs der KMK endlich um? Wir warten darauf!

Verantwortlich für den Inhalt: Heiko Pohlmann Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Handy-Nr.: 0179/ 1391138

Vorwärts ohne Richtung? oder Digitale Hilfsmittel in der Abiturprüfung Mathematik, ja oder nein?



Dr. Fritz
Märker

Am 21. Oktober 2013 hat das Kultusministerium Baden-Württemberg unter der Überschrift „Umsetzung der Bildungsstandards für die allgemeine Hochschulreife“ einen Erlass herausgegeben, in dem für die Abiturprüfung ab dem Schuljahr 2016/17 die folgenden Regelungen getroffen werden:

1. Das Mathematik-Abitur wird in zwei Teile eingeteilt, einen hilfsmittelfreien Teil (1/3 der Prüfung) und einen Teil mit Hilfsmitteln (2/3 der Prüfung).
2. Im Oberstufenunterricht sind alle digitalen Mathematikwerkzeuge erlaubt, z. B. graphische Taschenrechner (GTR), dynamische Geometriesoftware, Computeralgebrasoftware (CAS) und Stochastikprogramme.
3. Im Teil der Abiturprüfung mit Hilfsmitteln ist einheitlich nur ein wissenschaftlicher Taschenrechner (WTR) erlaubt.

Seit seiner Veröffentlichung wird der Erlass nun kontrovers diskutiert. Insbesondere die Punkte 2 und 3 sind für die Fachlehrkräfte an beruflichen Schulen Steine des Anstoßes. Neben dem im letzten Jahrzehnt auch in der schriftlichen Prüfung zugelassenen grafikfähigen Taschenrechner (GTR) wird auch die mit separaten Lehrplänen und Prüfungen unterrichtete Computeralgebrasoftware (CAS) zum reinen Unterrichtswerkzeug degradiert und aus der Prüfung verbannt.

Doch man muss nicht unbedingt betroffener Mathematiklehrer an einem beruflichen Gymnasium sein, um sich über Sinn oder Unsinn der neuen Regelung den Kopf zu zerbrechen. Auf der Homepage der Deutschen Mathematiker Vereinigung DMV finden sich im Forum zu bildungspolitischen Themen zwei Beiträge der Universitätsprofessoren Wolfram Koepf (Kassel) und Timo Weidl (Stutt-

gart), die sich mit dem Pro und Contra von digitalen Hilfsmitteln im Unterricht und der Prüfung auseinandersetzen. Dass kein anderes Thema dieses Forenbereichs vergleichbar oft aufgerufen wird, zeigt deutlich, wie sehr diese Regelung auch die Hochschullehrer umtreibt.

Wolfram Koepf (pro) weist z. B. darauf hin, dass der Verzicht auf komplexere Hilfsmittel in der Prüfung bei gleichzeitiger Zulassung im Unterricht klar im Widerspruch zu den erst im Oktober 2012 veröffentlichten verbindlichen Abiturstandards Mathematik der KMK steht. Dort wird nämlich festgestellt: „Einer durchgängigen Verwendung digitaler Mathematikwerkzeuge im Unterricht folgt dann auch deren Einsatz in der Prüfung“.

Seinem Fazit „Der Erlass stellt Lehrerinnen und Lehrer vor kaum zu lösende Aufgaben. Nachdem in den vergangenen Jahren mit viel Aufwand Konzepte für GTR und CAS in Unterricht und Prüfungen aufgebaut wurden, muss nun alles wieder neu entwickelt werden.“ Dem werden viele unserer Kolleginnen und Kollegen an den beruflichen Schulen zustimmen.

Timo Weidl (contra) erinnert u. a. daran, dass durch die Bildungsplanreform im Jahr 2004 zusammen mit der Einführung des G8 die Zahl der Schülerjahreswochenstunden von der 5. Klasse bis zum Abitur von 42 auf 32 reduziert wurde. Die dadurch notwendigen Schwerpunktsetzungen sieht er durch die gleichzeitig geforderte Einbindung eines GTR oder CAS gefährdet. Laut Weidl führen viele Studienanfänger ihre an den Hochschulen beobachteten Defizite auf den frühzeitigen Einsatz des Taschenrechners zurück. Insofern begrüßt er die neue Regelung und verspricht sich von ihr einen sinnvollen Wettbewerb der digitalen Hilfsmittel im Unterricht, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der durch die An-

schaftung der entsprechenden Geräte und Programme anfallenden Kosten. Dass der Einsatz des GTR durch spezifische Prüfungsaufgaben in der Vergangenheit faktisch erzwungen wurde, sieht er als Hinweis darauf, wie wenig damals die zusätzlichen didaktischen Möglichkeiten zu überzeugen wussten.

Schon in diesen wenigen Auszügen wird deutlich, dass es für beide Standpunkte handfeste Argumente und gewachsene Überzeugungen gibt. Wer sich die Mühe macht und die beiden Beiträge liest findet vieles, was auch in den betroffenen Fachschaften an unseren Schulen gedacht, gehört und geäußert wird. Es mag für manchen ein Trost sein, dass selbst ein Fachverband wie die DMV dazu gezwungen ist, Erlasse wie den vom 21. Oktober 2013 nur kommentierend zu diskutieren. Auch die im Beitrag von Timo Weidl aufgeführte Gelassenheit vieler Kollegen an den Schulen im Angesicht der kommenden Veränderungen mag zum Teil durchaus zutreffen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man sich als Lehrer an einer beruflichen Schule mehr Information und Kommunikation, angemessene Beteiligung, vor allem aber mehr Transparenz bei derartigen wichtigen Entscheidungen wünscht. Wir hätten es verdient!

Dr. Fritz Märker

Quellen:

DMV-Forum zu Bildungspolitischen Themen:
<https://dmv.mathematik.de/index.php/forum/bildungspolitische-themen/12-digitale-mathematikwerkzeuge-im-abitur>
 Bildungsstandards im Fach Mathematik für die allgemeine Hochschulreife:
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_10_18-Bildungsstandards-Mathe-Abi.pdf

Sozialräume an der Johannes-Gutenberg-Schule Heidelberg

Beispielhafte Personalratsaktivität zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die JGS Heidelberg ist eine große gewerblich-technische Berufliche Schule mit ca. 100 Lehrerinnen und Lehrern im Bereich des RP Karlsruhe.

Dort entstanden in den vergangenen Jahren zwei sehr interessante Sozialräume, denen man durchaus Modellcharakter zuordnen kann.

Beide Projekte entstanden durch Anregungen aus dem Kollegium nach Projekttagen zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Der Örtliche Personalrat unter Vorsitz von Hans Hendl (BLV) und die Schulleitung erarbeiteten gemeinsam die Konzeption der beiden Sozialräume.

1. Einen Ruheraum für Lehrerinnen und Lehrer



2. Zwei Kinderbetreuungsräume

Kinderbetreuungsräume

Finanziert wurden die Projekte durch Spenden, Zuschüsse des Fördervereins und Eigenleistungen der Berufsschulen Farbe, Raumgestaltung, Foto.

Weitere Unterstützung holte sich das Gestaltungsteam der Schule bei einer Fengshui-Beraterin.

25 Lehrerinnen und Lehrer gründeten eine Solidargemeinschaft zur Finanzierung der Kinderbetreuung. Das Modell bewährte sich schnell und fungiert gerade dann als „Notfallstation“, wenn das gewohnte System ausfällt.

Inzwischen haben sich weitere Kollegin-



Hans Hendl

nen/Kollegen benachbarter Schulen angeschlossen.

Gerne können sich interessierte Personalräte, ASA-Mitglieder, Projektgruppen, Schulleitungen an die JGS Heidelberg wenden.

Hans Hendl

Personalratsvorsitzender
JGS Heidelberg

Stellv. Vorsitzender BPR BS
am RP Karlsruhe

hendl@jgs-heidelberg.de

BLV-Spitzenkandidat als Arbeitnehmersvertreter für den Bezirkspersonalrat Berufliche Schulen beim RP Karlsruhe auf Platz 1



Ruheraum



Kinderbetreuungsräume



Zunehmende Belastungen beim Namen genannt ...

Kollegium der Balthasar-Neumann-Schule 1 veranstaltete
ersten „Gesundheitstag“ der Schulhistorie



Herbert Schöffner mit Dr. T. Fieber



Walter Kastner mit den Damen der Agentur f. Arbeit

Gesundheit ist nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts ... So oder so ähnlich hätte das Motto für den ersten Gesundheitstag im Rahmen der Lehrerfortbildung an der Balthasar-Neumann-Schule 1 in Bruchsal auch lauten können. Seit Jahren beobachten die beiden „Schamanen“ des Beruflichen Bildungszentrums, Walter Kastner (Beratungslehrer) sowie Wolfgang Meyer (Schulsozialarbeiter), zunehmenden seelischen, aber auch körperlichen Abrieb auf Seiten der Mitarbeiterschaft. Nicht rein zufällig sei dies mit steigenden Auffälligkeiten und wachsenden individuellen Problemen auf Schülerseite gepaart, lassen beide unisono wissen.

„Einen gebrochenen Fuß sehen wir; psychische Belastungen und Erkrankungen schlummern oft lange im Verborgenen.

Aber sie sind ein Faktum, das sich in der Konsequenz zu einem nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Defizit sowie zu einer Beeinträchtigung der Lebensqualität auswirken kann“, bemerkt Walter Kastner.

Dies veranlasste beide, Möglichkeiten und Maßnahmen der Sensibilisierung und Gegensteuerung im Rahmen eines so betitelten „Gesundheitstages“ aufzuzeigen. Schließlich seien die Bewusstmachung und der offene Umgang mit der Problematik der erste Schritt auf dem Weg zu einer Verbesserung der Situation, betont Wolfgang Meyer.

Absicht sei es aber auch gewesen, in diversen therapeutischen „Sitzungen“ vor Ort Anregungen zu vermitteln, wie und mit welchen unterschiedlichen Mitteln sowohl der Psychohygiene als auch dem



Dr. Ulrich
Brefka

körperlichen Wohl zugearbeitet werden könne.

W. Meyer zeigte sich besonders angetan, dass Mitarbeiterinnen der Agentur für Arbeit, die von dem „Gesundheitstag“ im Rahmen ihrer schulischen Beratungstätigkeit erfahren hatten, darum baten, sich einklinken zu dürfen.

Herbert Schöffner, Schulleiter der BNS 1 eröffnete den Gesundheitstag. Er hob in seinem kurzen, aber konzentrierten Statement hervor, dass auf Lehrkräfte bei immer höherer Deputatsbelastung zugleich auch höhere psychische Belastungsfaktoren zukämen – und dies sei kontraproduktiv. Die Folgen könnten „krank machen“ und im Kollegium so gut wie nicht kompensiert werden. Er schloss seine Worte mit einem Zitat des chinesischen Philosophen Konfuzius: „Auch der weiteste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.“

Und der sollte folgen. Den Einstieg besorgten in beeindruckenden Referaten zwei Fachärztinnen: Andrea Apel (Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie) sowie Dr. med. Tanja Fieber (Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie).

Während Andrea Apel sich mit „Psychischen Auffälligkeiten bei Jugendlichen“ beschäftigte, widmete sich Dr. Tanja Fieber dem Thema: „Lehrer in der Krise !?“ Die Kinder- und Jugendpsychiaterin gab einen Einblick in das „Universum“ des menschlichen Gehirns und wies darauf hin, dass Erziehung nicht alles vermag – auch genetische Dispositionen seien von enormer Bedeutung, wenn es darum gehe, welchen Belastungen wir standhielten, wozu wir kognitiv im Stande seien.

Leider, so schloss sie ihren Vortrag, man gele es sowohl an kompetentem Personal als auch an entsprechenden Behandlungsplätzen, wenn es um erfolgversprechende Therapien auffälliger Kinder und Jugendlicher gehe.

In der psychiatrischen bzw. psychotherapeutischen Terminologie gebe es das vielgenannte „Burnoutsyndrom“ gar nicht, klärte Dr. Fieber in ihrem Vortrag auf. Hierbei handle es sich um Erscheinungsformen einer Depression (Erschöpfungssyndrom) – durch sogenannte Stressoren verursacht.

Der Lehrer sei „Schwerstarbeiter“ im Klassenzimmer, solle als „Beziehungs- und Balancekünstler“ perfekt sein, habe aber keine Lobby, wenn es um Verständnis für seine Situation gehe. Entscheidend für ein langes, erfolgreiches Wirken im Klassenzimmer sei es, rechtzeitig Belastungsphänomene zu erkennen und kompensatorisch gegenzuwirken. Entlastungsangebote gebe es zu Genüge. Selbstfürsorgemaßnahmen stünden aber im Vordergrund aller therapeutischen Bemühungen. Anregungen brachte in diesem Zusammenhang das Nachmittagsprogramm: Zu seiner Gestaltung standen sowohl hauseigene Kräfte („Bordmittel“) als auch externes Fachpersonal bereit. Aus den Reihen des Kollegiums luden Frank Dochat sowie Marc Hansmann dazu ein, Geist und Körper in boxerischem „Schlagabtausch“ optimal zu koordinieren. Stefan Ronecker vermittelte, welche gymnastischen Übungen



Yoga mit E. Epple aus Heidelberg

einen Bandscheibenvorfall zu verhindern vermögen. Thomas Mehre schließlich entführte in die meditative Welt der Tiefenentspannung. Zu den externen „Coaches“ gehörten Edith Epple, die in die „Grundzüge des Yoga“ einführte, Stefan Baur, der die „Wertschätzende Kommunikation als Beitrag zur seelischen Gesundheit“ programmatisch einbrachte und Sibylle Katz, die darüber aufklärte, wo „Mediensucht“ beginnt und welche erfolgversprechenden Interventionen es gibt. Last but not least erläuterte Dr. Nicole Berger von der „Schulpsychologischen Beratungsstelle“ des Staatlichen Schulamtes Karlsruhe, welche Unterstützungsmaßnahmen ihre Einrichtung

anbietet, wenn es um schulische Alltagsbewältigung geht. Die Schlussrunde diente wie üblich der Reflektion des Fortbildungstages und hatte ihren Höhepunkt in einer sogenannten „Punktabfrage“. Diese demonstrierte, dass nahezu 95 % der Teilnehmer(innen) die Vorträge und praktischen Übungen mit „sehr gut“ zensierten, im Gesundheitstag also einen großen persönlichen Gewinn für sich sehen. Herbert Schöffner hatte deshalb allen Grund zur Freude und bedankte sich bei den Akteuren, die zum Gelingen des Tages beigetragen hatten, mit kleinen Präsenten.

Dr. Ulrich Brefka

Dienstrecht

Reisekosten: Steuerliche Kilometerpauschale weiterhin bei 0,30 € / gefahrenem Kilometer

Vor einiger Zeit hatten wir darüber berichtet, dass vor dem Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde anhängig ist, der zufolge Dienstreisen für jedermann steuerlich mit 0,35 € / gefahrenem Kilometer abgerechnet werden können solle.

Mittlerweile ist klar, dass diese Beschwerde keinen Erfolg hatte. Hierauf weisen die obersten Finanzbehörden der Länder in einer gemeinsamen Allgemeinverfügung hin. Diesbezüglich offene Einsprüche sind mit dieser Allgemeinverfügung zurückgewiesen.

Was bedeutet dies nun?

Wird ein privates Fahrzeug für eine Dienstreise (gemeint ist nicht die täg-

liche Fahrt zur / von der ersten Arbeitsstätte!) genutzt, so erhalten wir seitens unseres Dienstherrn 0,25 € / gefahrenem Kilometer. **Steuerlich anerkannt sind bei Dienstreisen 0,30 € / gefahrenem Kilometer**, so dass für jede Dienstreise effektiv 0,05 € / gefahrenem Kilometer in Ansatz gebracht werden können, *sofern steuerlich nicht die tatsächlich anfallenden Kosten / gefahrenem Kilometer ermittelt und abgesetzt werden*. Letzteres dürfte ob des Arbeitsaufwandes zur Ermittlung dieses Ausgabensatzes die Ausnahme sein.

Ist das private Fahrzeug allerdings durch den Dienstherrn als Dienstfahrzeug anerkannt, so werden seitens unseres



Kersten Schröder

Dienstherrn 0,35 € / gefahrenem Kilometer erstattet. Begründung für diesen erhöhten Erstattungssatz, den das Land Baden-Württemberg gewährt, war u. A., dass dieser Erstattungssatz die anfallenden Kosten / gefahrenem Kilometer korrekter abbildet als andere Kostensätze. Diese Kostenerstattung ist einkommensteuerfrei, kann aber zweckmäßigerweise ggfs. mit tatsächlich angefallenen höheren Kosten / gefahrenem Kilometer verrechnet werden (s. o.).

Kersten Schröder

Fachtagung für Beauftragte für Chancengleichheit am 18.2.2014

Am 18. Februar 2014 fand an der Johanna Wittum Schule in Pforzheim eine Fachtagung für Beauftragte für Chancengleichheit statt, zu der Christa Holoch, die Leiterin des Referates Gleichstellung des BLV, eingeladen hatte. Angemeldet hatten sich 70 Beauftragte für Chancengleichheit aus ganz Baden-Württemberg, die sich bei ihrer Ankunft mit Butterbrezeln und Kaffee oder Tee stärken konnten.



Margarete Schaefer, Vorsitzende des BLV und Schulleiterin der Johanna Wittum Schule, begrüßte die Tagungsteilnehmerinnen. Nachdem Christa Holoch die Tagesordnung vorgestellt hatte, berich-



tete Michael Schmidt, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates (BPR) Karlsruhe, über Aufstiegsmöglichkeiten und den damit verbundenen Aufgaben des BPR. Während und nach seinem Referat beantwortete Herr Schmidt den Teilnehmerinnen viele Fragen zu Auswahlkriterien, Chancen und Wartezeiten bei Beförderungen.

Christa Holoch referierte über unteilba-



re und teilbare Dienstaufgaben. Sie zeigte Möglichkeiten auf, mit Unterstützung der Beauftragten für Chancengleichheit den Forderungen des §14 des Chancengleichheitsgesetzes (ChG) im Schulalltag für teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden.

Mit Fragen zu Elternzeit und Elterngeld



beschäftigten sich die Teilnehmerinnen in kleinen Gruppen. Unterstützt wurden sie bei den verschiedenen Fallstudien von Heike Worgall, BPR Karlsruhe, und Christa Holoch. Als Nachschlagewerk standen Schriften des Deutschen Beamtenbundes sowie Ausschnitte aus der Arbeitszeit- und -Urlaubsverordnung für den öffentlichen Dienst des Landes



Baden-Württemberg (AzUV0) zur Verfügung.

In der Mittagspause waren alle Teilnehmerinnen zu einem leckeren Mittagessen eingeladen, bei dem man sich austauschen konnte über Erfahrungen als BfC an den jeweiligen Schulen.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmerinnen die Workshops „Lebensent-



würfe, Lebenswege, Lebensfreude“ mit Dr. Barbara Unterreiner, Fachberaterin am Regierungspräsidium Karlsruhe, sowie „Gesprächsführung in Konfliktsituationen“ mit Dipl. Psych. Mario Rosen-



treter, ebenfalls Fachberater am Regierungspräsidium Karlsruhe.

Christa Holoch bedankte sich bei den Referentinnen und Referenten sowie bei allen Kolleginnen, die zum Gelingen des Tages beigetragen hatten und wünschte eine gute Heimfahrt.

Am 19. September 2014 lädt Christa Holoch um 14.30 Uhr zu einem Treffen des Referats Gleichstellung nach Stuttgart in die Geschäftsstelle des BLV ein, die Tagesordnung wird in einem der nächsten BLV Magazine veröffentlicht.

Christa Holoch



Große Resonanz beim Fachtag „Jugendliche in beruflicher Vorbereitung“ in Friedrichshafen:

Bodensee-Schule und drei Workshops waren Magnete für die Teilnahme



Der stellv. Schulleiter der Claude-Dornier-Schule, Daniel Grupp, begrüßt die BLV-Gäste

Der dritte Fachtag des Referats Jugendliche in beruflicher Vorbereitung fand am Samstag, 8. Februar 2014, in Friedrichshafen statt. Im Fokus stand der individualisierte Unterricht mit Ideen zur Umsetzung und Anregungen für den Unterricht.

Mehr als 80 Kolleginnen und Kollegen machten sich auf den Weg an den Bodensee. Einige Nordbadener reisten sogar schon am Vortag an und leisteten sich eine Hotelübernachtung, um ausgeruht teilnehmen zu können. Die außerordentlich hohe Teilnehmerzahl spiegelte das hohe Berufsethos der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg wider, die für eine Fachtagung bereit waren, ihr Wochenende zu opfern.

Der Tag begann mit Kaffee und Butterbrezeln in der Bodenseeschule in Friedrichshafen. Die Cafeteria der Bodenseeschule sorgt täglich für 800 Mittagessen und ihre Mitarbeiterin, Frau Klamm erklärte sich dankenswerterweise bereit, auch unseren Begrüßungskaffee zu servieren.

Als Leiter des Referates Jugendliche in beruflicher Vorbereitung begrüßte uns Gerd Weinmann. Im Anschluss übernahmen Herr Gerhard Schöll, Rektor der Bodenseeschule, und sein Stellvertreter, Herr Walter Baumann, den Ablauf des ersten Teils, indem sie uns bei einer Führung durch die Räumlichkeiten die Konzeption sowie den Geist der Schule näherbrachten.

Die Bodenseeschule ist eine private Schule in katholischer Trägerschaft mit einem Schüler-Kostensatz von derzeit 113 € monatlich, incl. Mittagessen und Fahrtkosten. Die Schule wurde in den vergangenen Jahrzehnten mit zahlreichen Preisen

ausgezeichnet und hat trotz rückläufiger Geburtenzahlen mehr Bewerber als Plätze. Das Leitmotiv der Bodenseeschule ist der Gedanke: „Wer ein Kind erziehen will, braucht ein Dorf“. Kinder brauchen keine Stadt und keine Anonymität, sie wollen beheimatet sein. Und so ist die Bodenseeschule seit 1971 Lebens- und Erfahrungsraum für heute 140 Lehrerinnen und Lehrer sowie 890 Schülerinnen und Schüler.

Schon den Gründern der Schule war klar, dass ganzheitliche Förderung der Kinder mehr Zeit braucht; deshalb wird die Schule seit Beginn als Ganztagschule geführt. Ab der dritten Klasse findet Ganztagsunterricht statt und während der Mittagspause bleiben etwa 50 % der Schülerinnen und Schüler auf dem Gelände.

Die Schule verfügt über ein weitläufiges Terrain, das auf einer ehemaligen Riedwiese angelegt wurde. Neben den Klassenzimmern und Fachräumen finden sich eine ei-

gene Kapelle, Musikräume, Holz- und Tonwerkstatt, ein Meditationsraum als Raum der Stille und in den Außenanlagen u. a. ein Dorfplatz mit Brunnen, eine Außencafeteria und ein eigener Grundschulhof.

Um eine Jahrgangsstufe zu betreuen, arbeiten sechs bis acht Lehrerinnen und Lehrer im Team. Deren Ausbildung übernehmen Unternehmensberater, zu deren Inhalt u. a. Gesprächsführung mit Eltern und Konfliktgespräche zählen. Die Teams treffen sich wöchentlich. Die Teamleiter sind in die Treffen der Schulleitung integriert, so dass Änderungen und neue Maßnahmen bereits vorbereitet sind, wenn diese der GLK zur Abstimmung vorgelegt werden.

Zur Grundlage der schulischen Arbeit zählt die Überzeugung, dass jeder Mensch einmalig ist, was sich auch in der Unantastbarkeit der Menschenwürde in unserem Grundgesetz widerspiegelt. In der Schule wirft das folgende Fragen auf:

- Was müssen wir tun, um **diesem Kind** gerecht zu werden?
- Was müssen wir tun, um **dieses Kind** richtig zu sehen?
- Was müssen wir tun, um **dieses Kind** richtig zu unterrichten?

An der Bodenseeschule unterrichtet ein Klassenlehrer in seiner eigenen Klasse 20 Wochenstunden und führt sie von der 5. bis zur 10. in seinem eigenen Klassenzimmer. Der Tag beginnt mit einem Morgenkreis, angeschlossen werden zwei Stunden freie Stillarbeit. Es folgen vernetzter Unterricht über die Klassenverbände hinaus, Fachunterricht und ergänzende Ganztagsbetreuung.

Die freie Stillarbeit ist die Grundlage des



Gerd Weinmann bedankt sich bei Rektor Gerhard Schöll für die eindrucksvolle Besichtigung der Bodenseeschule



Frank Kunzelnick referiert über das Unterrichten mit Kompetenzrastern

Lernens an der Bodenseeschule. Sie basiert auf dem Satz von Maria Montessori „Hilf mir es selbst zu tun“. Die freie Stillarbeit ist mehr als Lernen, sie bietet eine relative Freiheit, wie die Wahl der Arbeit, die freie Zeiteinteilung und die freie Wahl des Partners. Und sie birgt „Geheimnisse des Lernens“, denn die Schülerinnen und Schüler erkennen:

- Ich lerne es kommt auf mich an.
- Ich lerne mit anderen, ich muss Rücksicht nehmen.
- Ich lerne mich kennen in meinen Möglichkeiten und Schwächen.

Bei der freien Stillarbeit muss der Lehrer immer präsent sein! Und der Lehrer kontrolliert die erledigten Aufgaben jeden Tag. Die Klassenstufen 5 bis 7 beinhalten eine Handwerkerziehung, die ab der 8. Klasse in Wahlpflichtfächern mit handwerklichen Projekten mündet. Dabei entstanden sind z. B. ein Brotbackofen und ein Holzhaus als Clubraum. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass nicht beschmiert wird, was Schüler selber bauen.

Wir Berufsschullehrerinnen und -lehrer setzen uns täglich mit Raumnot, fast stündlich wechselnden Klassen, Vertretungen durch Stelleneinsparungen und ande-

ren widrigen Rahmenbedingungen auseinander. Unsere Schülerinnen und Schüler sind ein, maximal zwei Jahre bei uns. Klassenzimmer? Wenn ja, dann ein seltener Luxus. Die Bodenseeschule mag uns wie das gelobte Land vorkommen. Und dennoch: Die überwältigende Teilnehmerzahl an unserem dritten Fachtag, die langen Anreisen und die Opferbereitschaft für einen ganzen Samstag zeigen, dass auch wir das gleiche Menschenbild verinnerlicht haben: Egal wie alt unsere Schülerinnen und Schüler sind, sie brauchen doch unseren individuellen Einsatz. Während ihrer Schulzeit an unseren Schulen sind sie im guten Sinne „in unserer Hand“, im günstigsten Fall sogar bei uns beheimatet. Trotz einer perfekt präsentierten Bodenseeschule, darf das uns mit einem gewissen Stolz erfüllen.

Während die Mittagspause im Fischerstübchen Erholung und Möglichkeiten zum Austausch bot, brachte der Nachmittag an der Claude-Dornier-Schule in Friedrichshafen weitere Eindrücke und Informationen. Sie ist die größte berufliche Schule am Bodensee mit derzeit 125 Kolleginnen und Kollegen und ca. 2100 Schülerinnen und Schülern.

Herr Daniel Grupp, der stellvertretende Schulleiter, begrüßte uns an „seiner Schule“ und stellte die Räumlichkeiten für die Workshops zur Verfügung. Den Nachmittagskaffee organisierte die CDS. Wir bedanken uns herzlich.

Das Abschlussereignis gestaltete die sehenswerte und mitreißende Break-Dance Gruppe Infinity bestehend aus Christian Kleber, Fabian und Alexander Schorr sowie David Amato, der leider erkrankt war. Ihre Choreografie üben sie regelmäßig in den Räu-

men der „Molke“, einem Jugendprojekt der Stadt Friedrichshafen unter Leitung von Carolin von Dewitz ein.

Der Fachtag endete mit den Schlussworten unserer BLV-Vorsitzenden Frau Margarete Schaefer, die es sich trotz ihres vollen Terminkalenders nicht nehmen ließ, am Nachmittagsprogramm teilzunehmen. Diesen Fachtag erlebte sie ebenso perfekt vorbereitet und inhaltlich auf die aktuelle Schulsituation ausgerichtet wie schon den vergangenen Fachtag 2011 in Böblingen.

In Ihrer Rede mahnte Frau Schaefer an, dass derzeit 10.000 Schülerinnen und Schüler mehr an den beruflichen Schulen seien als prognostiziert waren, es aber keinen nachträglichen Ausgleich an Lehrerstellen gab. Zugleich werden noch in diesem Jahr 4000 Flüchtlinge und EU-Zuwanderer erwartet, davon landesweit 800 – 1000 berufsschulpflichtige Schüler ohne Deutschkenntnisse. Nach einem Jahr in einem BVJO ist die Arbeitsagentur für diese Jugendlichen zuständig. „Ist das die Integrationspolitik der Landesregierung?“, wollte sie wissen. Ohne Mehrarbeit und Engagement der Lehrer an den beruflichen Schulen wäre dieses System schon lange „an die Wand gefahren“. Dem lässt sich nichts hinzufügen.

Alle Teilnehmer, Referenten und Mitarbeiter der Bodenseeschule und der Claude-Dornier-Schule sorgten an diesem Samstag, dem 8. Februar 2014 für einen eindrucksvollen und gelungenen Fachtag in Friedrichshafen. Als Leiter des Referats war Gerd Weinmann dafür maßgeblich verantwortlich. Ihm gilt ein besonderer Dank!

Heike Kebbedies

„Stellen Betriebe genügend Praktikumsplätze zur Verfügung?“ „Nehmen Betriebe auch unsere schwachen Schüler auf?“ „Warum soll die Wirtschaft so viel Macht auf die Ausbildung bekommen?“ Weil Erfahrungswerte fehlen, hatte nicht einmal der sehr kompetente Referent auf alle Fragen Antworten parat.

Im zweiten Teil des Workshops stellte Claudia Jung von der Johanna –Wittum-Schule Pforzheim ihre Erfahrungen mit dieser neuen Schulart den Teilnehmern vor. In Pforzheim werden die Schüler und Schülerinnen des VAB, BEJ und der 2BF gemeinsam unterrichtet. Es werden die Profile „Gesundheit und Pflege“ sowie

Workshop: Erprobung der pädagogischen Weiterentwicklung der Bildungsgänge VAB, BEJ, 1BFS, 2BFS:

Die neue Berufsfachschule BFPE

Workshop: Erprobung der pädagogischen Weiterentwicklung der Bildungsgänge VAB, BEJ, 1BFS, 2BFS:

Die neue Berufsfachschule BFPE

Im ersten Teil des Workshops stellte Herr Zieher (KM) die Entwicklung der neuen Schulart „Berufsfachschule pädagogische Erprobung – kurz BFPE“ dar. Einführungsgründe waren u.a. die zurückgehenden Schülerzahlen und die Standortsicherung, besonders bei kleineren beruflichen Schulen. Im zweiten

Teil ging Herr Zieher mit Hilfe einer Graphik aus dem Eckpunktepapier auf die bevorstehenden Veränderungen im Übergangssystem an den beruflichen Schulen ein. Er verdeutlichte intensiv, dass es kein „festgeklopftes Modell“ sei, sondern dass es wirklich ein Erproben und konstruktives Austauschen mit den Modellschulen gibt. Kritisch wurde die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft von den Teilnehmern des Workshops hinterfragt:

„Ernährung und Gastronomie“ angeboten.

Trotz der umfangreichen Unterstützung durch Fachleute des Ministeriums, verbunden mit mehrtägigen Fortbildungen, liegt die Hauptarbeit bei den Kollegen und Kolleginnen, die in der neuen Schulart unterrichten. Sie verheimlichte nicht den riesigen Mehraufwand, den es die Lehrkräfte kostet, um die benötigten Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten. Auch die Einarbeitung in SOL-Methoden ist zeitaufwändig und kraftraubend.

Der Unterricht selbst ist laut Frau Jung entspannender, da der Lehrer nicht mehr der Alleinunterhalter ist. Es bleibt während schülerzentrierten Arbeitsphasen Zeit, um schwachen Schülern besondere Hilfestellungen oder um besonders guten Schülern Anregungen zur Weiterentwicklung zu geben.

Um die Klasse als Team zusammenzuführen, wurden am Schuljahresanfang Teamtage mit der Klasse veranstaltet (3 Tage Landschulheim).

Frau Jung nannte 5 wichtige Säulen, um diese Klasse erfolgreich führen zu können.

1. Säule: Beziehungsgestaltung leben
Eltern mitnehmen, zuvor Elterngespräche führen, Elternabende veranstalten. Kollegen treffen sich wöchentlich zu Teamsitzungen.

2. Säule: Zieldifferent und kompetenz-

orientiert lernen

Die Lehrkräfte müssen den gesamten Unterricht in drei Niveaustufen mit unterschiedlichem Lernmaterial vorbereiten. Dies gilt auch für Klassenarbeiten. Eine äußerst zeitaufwändige Arbeit!

3. Säule: Lernen schülerorientiert organisieren

d.h. SOL liegt zugrunde!

4. Säule: Lernende ganztätig begleiten

5. Säule: Lernende als Team begleiten
Es gibt einen Projektnachmittag mit verschiedenen Angeboten, z.B. mit Schauspielerinnen aus dem Theater.

Die Schüler arbeiten nach Wochenplan. Dieser enthält Aufgaben für die Fächern BK, D, E, M. Die Schüler geben eine Selbsteinschätzung über Feedback-Bögen mit dem Wochenplan ab, der stichprobenartig korrigiert wird. Der Korrektor gibt in der Fremdeinschätzung die Rückmeldung.

Jedem Schüler steht ein Lernberater zu Seite (Betreuungsschlüssel: vier bis sieben Schüler). In regelmäßigen Gesprächen (ca. alle 14 Tage) werden Zielvereinbarungen z.B. über berufliche Zukunft oder Niveaustufe der Arbeit getroffen. Pro Schuljahr werden vier Elterngespräche geführt. Für diese Arbeit wird nur eine halbe bis eine Deputatsstunde zur Verfügung gestellt. Das reicht bei weitem nicht aus. Beispiele für Arbeitsblätter, Klassenarbeiten und Wochenplan



Referent bei der Arbeit: Michael Zieher vom KM berichtet über die Erprobung der neuen Berufsfachschule BFPE

lagen zum Mitnehmen aus.

Frau Jung ließ keinen Zweifel daran, wie aufwändig die Organisation für diese Klasse sei und empfahl allen Stundenplanern um diese Klasse „herumzuplanen“. Sie ergänzte, dass zur Lagerung der Materialien ein Klassenzimmer ebenso notwendig wie unabdingbar sei.

Frau Jung ist nur zu bewundern wie sie es schaffte, sich in ihrem vorletzten Dienstjahr so tatkräftig zu engagieren, sich mutig in die Organisation dieser Klasse zu stürzen und trotz aller Widerstände ein kompetentes Konzept zu erstellen. Sie betonte auch die gute Zusammenarbeit mit dem KM: Noch nie hat sie so viele Fortbildungen besucht und dabei so viel offene Ohren für Ihre Nöte und Probleme gefunden wie bei dieser Versuchsschulart.

Gabi Schlipf

Während die beiden anderen Workshops eine überwiegend informative Basis hatten, stand der dritte Workshop ganz im Zeichen der Praxis. Wer gehofft hatte, dass er sich während eines sachkundigen Vortrags bequem auf seinem Stuhl zurücklehnen darf, unterlag einem folgenreichen Irrtum: Hier war technisches Verständnis, Sachverstand und Feinmotorik gefordert. Als äußerst aktiver „Ruheständler“ kehrte der Referent Eugen Dorsch zu seiner ehemaligen Schule zurück und veranstaltete diesen Workshop als Wettbewerb, wobei die Teilnehmer zu Schere und Klebstoff greifen mussten. Nach einer Einführung und Vorstellung des Projekts standen sich die 12 Teilnehmer/innen an Schülertischen „sportlich“ gegenüber. Mit viel Humor spornte der Referent seine „Schüler“ zu Höchstleistungen an, wobei ein Modellkanu aus

Workshop: Arbeitsfeld VAB – Gewerbe:

Bau von Kanus als Projektarbeit



Men at work: Die Teilnehmer des Workshops „Kanu-Bau“ mussten unter der Leitung von Eugen Dorsch selbst Hand anlegen.

Papier innerhalb einer vorgegebenen Zeit im Zweierteam ausgeschnitten und anschließend zusammengeklebt werden sollte. Nach einer starken halben Stunde stand das Siegerpaar nach Punkten fest und durfte den ersten Preis entgegennehmen. Ganz im Zeichen einer olympischen Disziplin gab es aber nicht nur Gold, sondern auch das Silber- und Bronzepaar erhielten Preise.

Im „echten“ Schülerprojekt entstehen in wochenlanger Arbeit funktionstüchtige Viersitzer-Kanus: Leichte Sperrholzelemente werden zugesägt, geheftet und anschließend mit Gewebematten belegt, die mit einem aus zwei Komponenten bestehenden Kunststoff-Harz getränkt werden. Als Ergebnis erhalten die Schüler sehr robuste Kanus mit über fünf Metern Länge, mit denen sie ihren Spaß auf

dem Bodensee haben. Mit diesem Projekt demonstrierte Eugen Dorsch wie auch schwierige VAB-Schüler motiviert und für eine gemeinsame Sache begeistert werden können. Haben die Schüler erst einmal „Feuer gefangen“, ergibt sich die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen fast von ganz allein.

Konrad Hasel



Blick ins Plenum

Junglehrer

Informationsveranstaltung für Junglehrer in Ettlingen

Zusammen mit Michaela Keinath vom Junglehrerreferat veranstalteten die BLV-Schulbeauftragten des Ettlinger Schulzentrums, Sybille Mayer und Astrid Bohländer, einen Informationsnachmittag. Zunächst legte Michaela Keinath dar, wofür sich der Verband einsetzt. Insbesondere das neu geschaffene Junglehrer-Referat spricht eher die jüngeren Kollegen/innen an, was bei der Beratung von Lehrern/innen sehr wichtig ist; auch der Einstieg in die Mitarbeit im Verband wird deutlich einfacher und unkomplizierter. Warum sich Michaela Keinath im Verband engagiert, beantwortete die Referentin wie folgt:

- Für eigene Rechte u. Pflichten eintreten,
- Informiert sein über Pläne des Arbeitgebers,

- Vorschläge einbringen, Einfluss nehmen,
- Wissenszuwachs über das Schulsystem und Erweiterung der persönlichen Kompetenzen,
- „über den Tellerrand schauen“.

Engagiert und interessiert diskutierten die Junglehrer die Ausführungen der Referentin und aktuelle Problemstellungen von Referendaren und „neuen“ Kollegen/innen. Günter Denninger, stellv. Regionalgruppenvorsitzender, berichtete – als älterer Kollege –, welchen Mehrwert die Mitarbeit im BLV bringen kann. Besonders schätzt er, dass der BLV die spezifischen Probleme der beruflichen Schulen genau kennt und dementsprechend auch weiterhelfen



Günter Denninger

kann. „Als Fachberater in Agrarwirtschaft hat mich der Verband in vielen Fällen engagiert unterstützt, und das in einem Bereich mit relativ geringen Schülerzahlen“, so Denninger. Im Übrigen kann man im Laufe der Jahre viele Kontakte knüpfen, die für die eigene berufliche und persönliche Entwicklung sehr wertvoll sind. Auch ein Engagement im BPR oder ÖPR kann sich aus der Verbandsarbeit entwickeln.

Fazit der Veranstaltung:

Nicht nur Rechtsberatung, Versicherungsschutz und Interessenvertretung sprechen für die Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in einem Lehrerverband, sondern auch die Aussicht, Entwicklungen mitzugestalten und persönlich von einem weitreichenden Netzwerk zu profitieren. Das Organisationsteam bedankt sich zum Schluss noch ganz herzlich bei der Kollegin Ute Bilkenroth für die tatkräftige Unterstützung beim Vorbereiten der Veranstaltung.

Günter Denninger



Junglehrer in der Diskussion mit Michaela Keinath

Verhandlungen zu einer Entgeltordnung für Lehrkräfte i. A.

Am 20. Februar 2014 haben die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der dbb beamtenbund und tarifunion, unsere Bundesdachorganisation, in Magdeburg Tarifverhandlungen zu einer Entgeltordnung für Lehrkräfte aufgenommen.** Die Tarifpartner wurden angeführt vom TdL-Vorsitzenden, Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn, und vom dbb-Vize Willi Russ. Sie gaben den Startschuss für Tarifverhandlungen, an deren Ende eine bundesweit für alle Lehrkräfte geltende Entgeltordnung stehen soll.

Beide Seiten hoben die konstruktive und vertrauensvolle Atmosphäre hervor. Sie betonten, dass eine tarifvertragliche Zuordnung der Lehrkräfte zu den Entgeltgruppen des TV-L einen hohen ordnungspolitischen Wert habe.

Die Zeit der einseitigen Regelung der Eingruppierung der Lehrkräfte durch die Arbeitgeber soll endlich ein Ende finden. Durch eine tarifvertragliche Regelung sollen die rund 200.000 bundesweit als Arbeitnehmer/innen tätigen Lehrkräfte endlich die Sicherheit erhalten, die alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes längst haben, so der dbb-Vize Willi Russ; er mahnte, dass die Erwartungen der Lehrerschaft hoch seien und am Ende nur ein handfestes Ergebnis zähle.

Finanzminister Bullerjahn äußerte sich dahingehend, dass er bestrebt sei, in der nächsten Entgelttrunde Anfang 2015 eine Entgeltordnung für alle Lehrkräfte vereinbaren zu können. Diese müsse dann die Interessen beider Seiten berücksichtigen und die komplexe Schullandschaft in den Ländern abbilden, in der die Lehrkräfte tätig sind. Aus diesem Grund wurde vereinbart, dass es für die Tarifexperten beider Seiten jetzt erstmal heißt: Hausaufgaben machen und die vielen Fallkonstellationen zusammentragen, die in den einzelnen Arbeitgeber-Richtlinien geregelt sind.

In aufwändiger Detailarbeit sollen zunächst in den Lehrer-Richtlinien der Länder diejenigen Tätigkeitsmerkmale identifiziert werden, die auch künftig noch praxisrelevant sind. Auf dieser Basis soll anschließend bis zum Jahresende eine neue Entgeltordnung verhandelt werden. Beide Seiten waren sich einig, dass ein bundesweit geltender Flächentarifvertrag ein gemeinsames Anliegen der Tarifvertragsparteien ist. Deshalb muss eine Entgeltordnung bundesweit für alle Lehrkräfte gelten und kann nur zentral verhandelt werden.

Aus Sicht von Baden-Württemberg haben wir unseren verhandelnden Kolleginnen und Kollegen der Bundestarifkommis-



Ottmar Wiedemer

sion die Besonderheiten der Eingruppierung der baden-württembergischen Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen übermittelt und drei Kernforderungen formuliert:

- 1.) Wiedereinführung von Höhergruppierungsmöglichkeiten für Nichterfüller;
- 2.) Technische Lehrerinnen und Lehrer im Gewerbe nach erfolgreicher pädagogischer Schulung in E 10 analog den vergleichbaren Beamten (A 10) umzugruppieren.
- 3.) Reduzierung des Gehaltsunterschieds zwischen Lehrerinnen und Lehrern im Arbeitnehmerverhältnis (Angestellte) und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern.

Ottmar Wiedemer

Vertreter der Lehrkräfte i. A. im Hauptpersonalrat (stellvertretender Vorsitzender HPR Berufliche Schulen) sowie im Bezirkspersonalrat Berufliche Schulen beim RP Freiburg (Vorsitzender BPR Berufliche Schulen)

Personalratswahlen am 13. bis 15. Mai 2014:



**Gehen Sie bitte wählen:
Alle Stimmen dem BLV!**

Ihre beiden Spitzenkandidaten für den BPR Stuttgart bei den Personalratswahlen im Mai 2014



Harry Kretschmann

- BLV-Spitzenkandidat als Arbeitnehmervertreter für den Bezirkspersonalrat beim RP Stuttgart auf Platz 1 der BLV-Liste

- Lehrer im Angestelltenverhältnis
- Diplomreligionspädagoge (FH)

Seit Jahren engagiere ich mich für die Interessen und Rechte der Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsbildenden Schulen, insbesondere die der Angestellten.

Ich kandidiere wieder für den Bezirkspersonalrat in Stuttgart, um mit meiner erworbenen Kompetenz und meinem Engagement die Interessen der Angestellten zu vertreten, um mich für eine stärkere Beachtung der Angestelltenfragen einzusetzen und um auf die spezifischen Arbeitsbedingungen und Probleme der Angestellten an den Beruflichen Schulen deutlich hinzuweisen.

Ich unterrichte seit 1980 an der Gewerb-

lichen Berufsschule in Waiblingen kath. Religionslehre in allen Schularten (BVJ, BFS, 2BFS, BS, BK, TG). Allgemeinbildende Fächer (D, GK, Wik); Multimediale Berater; Projekte im Bereich Soziales Lernen.

Mit Unterbrechung habe ich 25 Jahre im ÖPR unserer Schule mitgearbeitet. Zurzeit Stellvertretender ÖPR Vorsitzender. Mitarbeit im Referat Lehrkräfte i. A. (Angestellte) im BLV.

Mitarbeit im Arbeitskreis des BBW für Angestellte.

Mitarbeit in der Kommission Bildung und Wissenschaft im Beamtenbund.

Seit 1986 Landesvorsitzender des VKR (Verband Kath. Religionslehrerinnen und Religionslehrer an Berufsbildenden Schulen) in Baden Württemberg, Mitglied im Bundesvorstand.



Andreas Scheibel

- BLV-Spitzenkandidat als Arbeitnehmervertreter für den Bezirkspersonalrat beim RP Stuttgart auf Platz 2 der BLV-Liste sowie auf Platz 4 der

BLV-Liste für den Hauptpersonalrat beim Kultusministerium Stuttgart

- Lehrkräfte i. A. (Angestellte) brauchen kompetente Vertretung und Beratung.

Ich bin seit 2005 an der Christian-Schmidt-Schule, Technische Schule, in Neckarsulm als Lehrer i. A. tätig und unterrichte im Bereich Metalltechnik die Fächer Technik und Wirtschaft.

Seit 2010 vertrete ich auch die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an unserer Schule als Örtlicher Personalrat. Dessen Vorsitz habe ich 2012 übernommen.

Ebenso bin ich als Verbandsbeauftragter des BLV an unserer Schule tätig.

Seit 2010 engagiere ich mich im Berufsschullehrerverband als Mitglied im Referat für Lehrkräfte i.A. für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich stelle mich den anstehenden Aufgaben und möchte mich insbesondere dafür einsetzen:

- dass die Altersteilzeit für alle Lehrerinnen und Lehrer im Tarifbeschäftigtenverhältnis wieder eingeführt wird.
- dass die Entlohnung (Netto) von tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern an die Höhe der Beamtenbesoldung angeglichen wird.

Ich werbe hiermit um Ihre Stimme.

Harry Kretschmann und Andreas Scheibel

Rente – Sie fragen, wir antworten

So lautete das Thema einer weiteren Fortbildung zum Thema **Rente** im Arbeitnehmerbereich. Auch diese Fortbildung wurde gemeinsam vom Berufsschullehrerverband (BLV) und vom Philologenverband Baden-Württemberg organisiert und durchgeführt.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen im Arbeitnehmerbereich der beruflichen Schulen und der allgemeinbildenden Gymnasien trafen sich am 10. Februar 2014 in der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule in Ulm zu einer ganztägigen Fortbildung. Hierzu hatten Bernhard Prelisauer vom Berufsschullehrerverband BLV sowie Sieglinde Selinka vom PhV-BW Bezirk Südwürttemberg eingeladen.

Der Vormittag wurde von den beiden Referentinnen Anke Hillmann-Richter und Birgit Wagner von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) bestritten. Angesprochen wurden die Bereiche Altersrente, Renteneintritt, Anrechnungszeiten und Berücksichtigungszeiten, Kindererziehungszeiten, Rente wegen Erwerbsminderung, Antragsverfahren sowie die Besteuerung der Rente und Hinzuverdienstgrenzen. Auf die Besonderheiten beim Renteneintritt im Lehrerbereich wurde explizit hingewiesen und die Fortbildungsleiter zeigten verschiedene Möglichkeiten wie z. B. den Auflösungsvertrag oder die Kündigung auf. Die **„finanzielle Zukunftsplanung“**

war für die beiden Referentinnen ein wichtiges Thema. Frau Hillmann-Richter erläuterte, dass die Absenkung des Rentenniveaus in den nächsten Jahren fortgeschritten werde, so dass ergänzende Möglichkeiten der Altersvorsorge notwendig werden. Ausgehend von einem 3-Säulen-Modell, bestehend aus Betrieblicher Altersvorsorge – Gesetzlicher Altersvorsorge – Privater Altersvorsorge wurde die Riesterrente als Möglichkeit im Bereich Private Altersvorsorge ausführlich vorgestellt. Die zahlreichen Fragen und Diskussionsbeiträge zeigten das große Interesse der Teilnehmer an diesem Thema. Auch die Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, also ohne Abschlag, wurde nachgefragt. Diese ist aber für Lehrerinnen und Lehrer kaum realisierbar, da Schul- und Studienzeiten nicht angerechnet werden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen informierte Frau Tatjana Baumstark über die betriebliche Altersvorsorge. Als Referentin der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) gab sie den ca. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Informationen zur Pflichtversicherung der betrieblichen Altersvorsorge, der „VBL klassik“. Wie die Referentinnen der DRV wies auch sie auf ergänzende Möglichkeiten der Altersvorsorge hin. Die VBL bietet hier freiwillige Versicherungen an, z. B. mit Riesterförderung oder Entgeltumwandlung.



Bernhard Prelisauer

Die unterschiedliche Besteuerung von Beiträgen oder geförderten Leistungen im Rentenfall gaben zu vielen Fragen aus dem Teilnehmerkreis Anlass.

In einer abschließenden Fragerunde wurden noch spezielle Arbeitnehmerthemen angesprochen: die Kürzung der Altersermäßigung, außerunterrichtliche Veranstaltungen bei Teilzeitlehrkräften, Freistellungsjahr u.v.m. Das Interesse war groß, so dass am Ende nochmals eine lebhaft Diskussion entstand.

Die erste gemeinsame Fortbildung im Bezirk Südwürttemberg von BLV und PhV war nach Rückmeldungen der Teilnehmer eine sehr gelungene Veranstaltung. Deshalb können sich die beiden Fortbildungsleiter Bernhard Prelisauer und Sieglinde Selinka vorstellen, weitere gemeinsame Fortbildungen durchzuführen.

Bernhard Prelisauer

BLV-Spitzenkandidat als Arbeitnehmervertreter für den Bezirkspersonalrat Berufliche Schulen beim Regierungspräsidium Tübingen

Personalratswahlen am 13. bis 15. Mai 2014:



Ihre Stimme ist wichtiger denn je!

Einladung für die Pensionäre in Südbaden am 23. Mai 2014 nach Badenweiler

*„Badenweiler ist ein sehr origineller Kurort, aber worin seine Originalität besteht, ist mir noch nicht klar geworden.“
Anton Tschechow*

Damit Sie sich über die Originalität Badenweilers klar werden können, erleben, welche weiteren Literaten ihre Spuren in dem Kurort hinterlassen haben, laden wir Sie ein zum **Literarischen Spaziergang** mit Rolf Langendörfer, Pfarrer i. R, **am Freitag, 23. Mai 2014**. Nach dem ca. zweistündigen Rundgang am Vormittag (es gibt immer wieder Pausen an Stellen, an denen das Andenken an bekannte Gäste und Einwohner sichtbar bewahrt wird) haben Sie Gelegenheit zum Mittagessen in einem zentral gelegenen Restaurant.

Am Nachmittag führt Sie dann Herr Gfell aus Badenweiler durch die **Römische Badruine im Kurpark**. Sie ist eine der größten und eindrucksvollsten Anlagen dieser Art nördlich der Alpen.

Anmeldeschluss: 30. April 2014

Da nur eine bestimmte Anzahl von Gästen teilnehmen kann, erfolgt die Zusage in der Reihenfolge der Anmeldungen. Wenn Sie bis zum 05. Mai 2014 keine Zusage erhalten haben, konnten Sie nicht mehr berücksichtigt werden.

Alle anderen **erhalten bis zum 05. Mai 2014 die notwendigen Unterlagen für diese Veranstaltung.**

Anmeldung bei:

Heidrun Goerendt-Hannß, Blauenstraße 9/1, 79410 Badenweiler

Tel.: 0 76 32 - 76 81

E-Mail: goermail-blv@yahoo.de

An alle Pensionäre des BLV in Südbaden

Einladung zur Pensionärsveranstaltung

Donnerstag, 5.6.2014: - Besichtigung der Domäne Hohentwiel und Besuch des neuen Museums Art & Cars“, Singen

Geplantes Programm:

10.30 Uhr – Treffpunkt **Singen, Bahnstation „Landesgartenschau“** (= vom Hbf Singen 1 Station mit „Seehas“ Richtung Engen)

11.00 Uhr – Führung in der Domäne Hohentwiel

12.30 Uhr – rustikales Vesperbüffet (eigene Erzeugnisse)

14.30 Uhr – Besuch des neuen Museums (am Fuße des Hohentwiel)

15. 30 Uhr – voraussichtliches Ende (Cafe im Museumsgebäude)

Bitte melden Sie sich bis 9. Mai 2014 an. Sie erhalten mit der Bestätigung Ihrer Teilnahme die genauen Daten (evtl. Parkmöglichkeiten, Unkosten). Anmeldung bis **9.5.2014** bitte an: Christina Schmitt, Zum Lerchental 26 a, 78315 Radolfzell, E-Mail: chschmitt.bodensee@web.de, Fax: 07732/ 258650

Ich nehme teil: Name, Vorname, Postadresse, Telefon, Mailadresse:

.....

.....

Begleitperson/en: (Name, Vorname):

.....

Teilnahme am Vesperbüffet (Personenzahl): ja _____ nein _____

Anfahrt: öffentl. Verkehrsmittel _____ PKW _____ (wichtig wegen Parkmöglichkeiten bzw. Shuttlebus-Größe)

An alle Pensionär/Innen und Rentner/Innen

Einladung zur zentralen Landesbezirksveranstaltung in Südbaden

Datum: **Dienstag, 8.7.2014** • Ort: **Freiburg** • Uhrzeit: 10:30 Uhr bis etwa 16:30 Uhr

Programm:

- 1.a **Besuch des Öko-Institutes** (Institut für angewandte Ökologie; „eine der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft“¹⁾) Merzhauser Straße 173;
oder
- 1.b **Führung durch den öko-Modell-Stadtteil Vauban** mit Einblick in verschiedene Aspekte nachhaltiger Stadtentwicklung: autoarmes Wohnen, ökologisches und energieeffizientes Bauen, Versorgung des Stadtteils mit erneuerbaren Energien, Bürgerbeteiligung bei der Stadtteil- und Grünflächenplanung²⁾
2. **Gemeinsames Mittagessen**
3. **Vortrag über aktuelle Themen für Pensionäre/Rentner: Die Situation von PensionärInnen (und RentnerInnen aus dem öffentlichen Dienst) in Baden-Württemberg - aktuelle Entwicklungen**

Referent: **Waldemar Futter**, stellvertretender Landesvorsitzender des Seniorenverbandes öffentlicher Dienst BW und langjähriger Vorsitzender des BLV, Mössingen

Anmeldung: Bitte bis **17.6.2014** an Dr. **Christina Weis**, vorzugsweise per Mail: c.weis@blv-bw.de, (Ritterstr. 6 c, 77948 Friesenheim). Geben Sie dabei bitte die Programmteile an, an denen Sie teilnehmen möchten (1.a oder 1.b, 2., 3.). Wie immer sind Gäste herzlich willkommen. **Einzelheiten** über Anfahrt/Treffpunkt, Mittagstisch u. s. w. erhalten Sie **mit der Zusage**.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Themen zur Nachhaltigkeit und zu unserer aktuellen Situation Interessantes anbieten und Sie zur Teilnahme motivieren zu können.

gez. Frau H. Brenneis
Vorsitzende des LB SB Pensionäre

gez. Frau B. Nolzen
Pensionärsbeauftragte RG Breisgau

gez. Frau Dr. Chr. Weis
Pensionärsbeauftragte RG Ortenau

sowie alle RG-Beauftragten für Pensionäre SB

¹⁾ Zitat Homepage Öko-Inst.

²⁾ Zitat Stadtführung

Bitte zurücksenden bis 17.6.2014 an Dr. Christina Weis, vorzugsweise per Mail: c.weis@blv-bw.de bzw. an:

Frau Dr. Chr. Weis · Ritterstr. 6 c · 77948 Friesenheim

Betreff: Anmeldung für die Zentrale LB-Veranstaltung der Pensionäre/Rentner in SB

Hiermit melde ich mich für o. g. Veranstaltung am 8.7.2014 in Freiburg an.

Ich nehme an folgenden Programmpunkten teil :

- 1.a Besuch des Öko-Institutes
oder
- 1.b Führung durch den öko-Modell-Stadtteil Vauban
2. gemeinsames Mittagessen
3. Vortrag: Die Situation von PensionärInnen (und RentnerInnen aus dem öffentlichen Dienst) in Baden-Württemberg - aktuelle Entwicklungen

Name, Vorname, Postadresse, Telefon, Mailadresse

.....
.....

Begleitperson:

Datum, Unterschrift:

Erfolgreiche Arbeit für Pensionärinnen und Pensionäre in Südwürttemberg



Altstadt Ulm

Bei einer Arbeitstagung am 1. März 2014 in Ulm hielt das Führungsteam für Pen-

sionäre des BLV aus dem Landesbezirk Südwürttemberg neben der Vorbereitung weiterer Veranstaltungen auch Rückblick auf die Jahre 2012 und 2013. Dabei ergab sich, dass alle Veranstaltungen gut besucht waren und auch zahlreiche positive Rückmeldungen von den Mitgliedern eingegangen sind. Die Mitgliederzahl der Pensionärinnen und Pensionäre im Landesbezirk Südwürttemberg nahm in den beiden Jahren um rund 12 Prozent zu.

Für das Jahr 2014 sind folgende Veranstaltungen geplant:

Am Dienstag, **den 29. April 2014**, ein Treffen in Ulm mit einer qualifizierten Führung im Münster, Mittagessen im Ratskeller und anschließend Führung durch die Altstadt ins Fischerviertel. Sie erhalten dafür eine persönliche Einladung über die Geschäftsstelle. Im Herbst 2014 wollen wir uns wie-



Münster

der mehr im Westen des Landesbezirks treffen und einen Sachvortrag mit einem namhaften Referenten zu aktuellen Themen hören.

Reinhilde Amann
Erwin Franz
Erich Herrling

Personalvertretung

Erste tiefere Einblicke in das neue LPVG



Die BLV-Gruppe

Das Bildungs- und Sozialwerk des Beamtenbunds Baden-Württemberg veranstaltete am 10. und 11. März 2014 in Baiersbronn für Personalrätinnen und Personalräte des Kulturbereichs eine Schulung zum neuen Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG). Die beiden sachkundigen Referenten, die langjährigen Personalräte Ralf Kusterer und Jürgen Vogler (beide Mitglieder in der Deutschen Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg), führten in den neuen Gesetzestext ein und standen den anwesenden Teilnehmenden Rede und Antwort.

Mit zehn BLV-Mitgliedern aus den Bezirkspersonalräten und aus dem Hauptpersonalrat Berufliche Schulen (von insgesamt 22 Personalvertreter/innen) war unser Verband „besonders stark vertreten“. Für die BLV-Gruppe war es eine gute Gelegenheit, ihre ersten Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen, diese in der Runde zu erörtern und zu ergänzen.

Der neu gegliederte Aufbau des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), die neuen bzw. geänderten Beteiligungstatbe-

stände (Mitbestimmung, Mitwirkung und Anhörung), die erweiterten Initiativmöglichkeiten der Personalvertretung, die neuen Möglichkeiten bei der Geschäftsführung des Personalrats (z. B. hinsichtlich der Beschlussfassung, der Bildung von Ausschüssen, der Übertragung von Befugnissen u. a.) oder der Rechtsstellung von Personalräten (z. B. Inanspruchnahme von Schulungsmöglichkeiten oder Freistellungen) waren die wesentlichsten Themenbereiche, über die informiert, die diskutiert und die erläutert wurden.

Wie und in welcher Tiefe viele der neuen formellen Beteiligungstatbestände dann umzusetzen sind – z. B. die frühzeitige und fortlaufende Informationspflicht des Personalrats bei Organisationsentscheidungen der Dienststelle, die beteiligungspflichtige Maßnahmen zur Folge haben (§ 68a Abs. 2 LPVG) oder das neue Teilnahmerecht des Personalrats bei Vorstellungsgesprächen (§ 68a Abs. 3 LPVG), wird in der kommenden Zeit auszuhandeln, vielleicht in Einzelfällen auch zu erstreiten sein.

Die Personalräte benötigen für ihre Arbeit unbedingt eine kommentierte Ausgabe des LBVG (z. B. eine LPVG-Ausgabe des Kohlhammerverlags). „Die durch die Tätigkeit

Personalvertretung

des Personalrats entstehenden notwendigen Kosten trägt die Dienststelle.“ (§ 45 LPVG). Diese Textausgabe soll laut Auskunft des Verlages ab dem zweiten Quartal

2014 erhältlich sein. Rundum war es eine interessante, erfahrungsreiche und sehr gelungene Veranstaltung – ein Gewinn für die anwesenden Personalrätinnen und Per-

sonalräte. Ein herzlicher Dank seitens des BLV an die Veranstalter!

Iris Fröhlich



Der Tagungsleiter Ralf Kusterer



Joachim Schröder, Bernd Saur, Annette Laur vom Philologenverband



Ralf Kusterer, Clemens Hartelt und Michael Schmidt im Gespräch



Sophia Guter, Marie-Luise Jakob, Anni Combé-Walter

Arbeitskreis Schwerbehinderte

Fortbildung für örtliche Vertrauenspersonen (ÖVP) in Gültstein unter dem Motto „Lösungen lauern überall!“

Zu dieser dreitägigen Fortbildung wurden wir am 19. Februar 2014 um 10:00 Uhr durch die Hauptvertrauenspersonen (HVP) der Beruflichen Schulen Margreth Knoll-Kruse und der Allgemeinbildenden Gymnasien Ursula Meissner-Müller herzlich in Empfang genommen. Anschlie-

ßend leitete Hans-Jürgen Hummel (BVP FR) die Veranstaltung ein, indem er zu einem ersten Austausch und Kennenlernen Zufallsgruppen bildete.

Den ersten Vortrag gestaltete Dr. Bernd Bauer, Facharzt für Arbeitsmedizin, B.A.D.

Tübingen, über das Thema „Macht Schule krank?“ Mit den gezeigten Statistiken und Erkenntnissen war jeder von uns gut vertraut. Dr. Bauer bezeichnete selbst seinen Vortrag als neuronale Netzwerk-Belüftungsveranstaltung, denn im Prinzip wissen wir es ja. Aber eine kleine Auffrischung unseres Wissens kann unserem Handeln nicht schaden oder frei nach dem Zitat von Elias Canetti: „Das Schwerste: immer wieder entdecken, was man ohnehin schon weiß.“

An den Schulen ist unter anderem ein gesundheitsgerechtes Führungsverhalten wichtig, man spricht von salutogenem Leitungshandeln. Es können nur die gut führen, die auch in Selbstachtsamkeit leben und ihre Fürsorgepflicht nicht vernachlässigen. „Burnout ist kein spezifisches Lehrerschicksal, sondern ein Stolperstein für engagierte Menschen im Beruf.“ Deshalb wäre mein Vorschlag, lasst uns die (Lehrer-)Gesundheit intensiver im Qualitätsmanagement verankern. Jede Schule muss für sich selbst beantworten, was qualitativ hochwertige Arbeit bedeutet.



Gisela Wöhrle (BVP KA) bedankt sich bei Herrn Dr. Bernd Bauer für seinen Vortrag zum Thema „Macht Schule krank?“



Helmut Mayer (BVP S) referiert über die Beteiligung der SBV an Ausschreibungen, Schulhausumbau und ÖPR-Sitzungen

Anschließend stand Herr Rolf Ege, Bezirksvertrauensperson (BVP) Tübingen, Rede und Antwort in Bezug auf das Betriebliche Wiedereingliederungsmanagement, verankert im § 84 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX. Dieses Thema warf so viele Fragen und widersprüchliche Meinungen auf, dass Herr Ege seinen Vortrag vor lauter Redebeiträgen kaum starten konnte. Die lebhafteste Teilnahme sprengte den vorgegebenen Zeitrahmen derart, dass die Fortsetzung dieser Diskussionsrunde auf 19:00 Uhr festgelegt wurde, um den nachfolgenden Rednern noch genügend Redezeit zu gewähren. Von da an verschob sich der Zeitplan der Veranstalter, die den zahlreichen Redebeiträgen zu viel Zeit gewährten.

Herr Brandner vom Regierungspräsidium Stuttgart berichtete über die verschiedenen Möglichkeiten, die eine Lehrkraft in den unterschiedlichsten Situationen zum Amtsarzt führen können.

Nun referierte Iris Fröhlich, Vorsitzende des HPR BS, über das neue Landesperso-

nalvertretungsgesetz (LPVG). Eine Neuerung ist unter anderem die Formulierung, dass Dienststelle und Personalvertretung „partnerschaftlich“ zusammenarbeiten. Das Recht auf Teilnahme der Schwerbehindertenvertretung (SBV) an z. B. Personalratssitzungen und an den vierteljährlichen Schulleitersitzungen wurde angesprochen. Sie fragte explizit nach Ideen, wie der HPR die SVB unterstützen können, die auch prompt genannt wurden: ÖPR könnten in der Eingangsschulung über die Aufgaben der ÖVP informiert werden. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Schreiben an die ÖPR, welche die Aufgaben der SVB zum Inhalt hat. Für die Gymnasien berichtete analog Frau Laur (HPR Gym).

Im Laufe des Nachmittags fanden vier verschiedene Schulungen statt. Frau Weiler leitete eine Grundschulung für Neulinge. Herr Hokamp erläuterte die mittlerweile sehr schwierig gewordene – Altersteilzeit. Herr Mayer stellte einige Gesetzespassagen aus dem SGB IX vor und erläuterte deren Konsequenzen und Herr Sindlinger hielt einen Vortrag über Sächliche Hilfsmittel. Angefüllt von Wissen marschierten wir zu einem sehr reichhaltigen Abendbuffet, um uns für die weiteren Informationen ab 19 Uhr über den Bereich BEM zu stärken. Das Thema stieß auf großes Interesse!

Ab 21:00 Uhr wurden wir von Hans-Jürgen Hummel noch über die Wahlen Ende 2014 für ÖVP und BVP informiert. Eine beachtliche Leistung für ca. 60 Schwerbehinderte! Soviel wird Gesunden selten zugemutet!

Den nächsten Morgen eröffnete Herr

Lars Barteit. Er ist seit Dezember 2011 im Referat 14 des Kultusministeriums als Jurist tätig. Er und die HVP's überarbeiteten die alte Integrationsvereinbarung. In der Integrationsvereinbarung, basierend auf § 83 Abs.1 S.1 SGB IX, sollen die Auswirkungen von Behinderungen auf die Arbeitsplatzsituation im offenen Dialog mit allen Beteiligten besprochen werden und es soll zu einer sachlichen und fachgerechten Lösung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit gefunden werden. Er informierte auf 30 eng beschriebenen Folien in 40 Minuten über die neue Integrationsvereinbarung, die sich an die neuen gesetzlichen und rechtlichen Regelungen in der neuen Schwerbehindertenverwaltungsvorschrift von 2013 anlehnt. Welche Vorteile bietet die neue Integrationsvereinbarung? Darüber wurde heftig gestritten. Frau Meissner-Müller (HVP Gym) legte eine detaillierte Auflistung vor.

In einer Podiumsdiskussion stellten sich die Schulleiterinnen, Frau Manz-Rothärmel, seit 2010 Schulleiterin an der John F. Kennedy Schule, und Frau Kraus, seit 19 Jahren Schulleiterin des Fichtegymnasium in Karlsruhe, unseren Fragen. Auf dem Podium saß sehr viel Menschlichkeit! Das ist nicht immer selbstverständlich. Frau Kraus appellierte im Gespräch zwischen ÖPV und Schulleitung an Mitgefühl und Verständnis von beiden Seiten. Frau Manz-Rothärmel berichtete von der Fürsorgepflicht einer Schulleiterin und dem Willen allen Personengruppen an einer Schule gerecht zu werden.

Anschließend wurden in fünfer Gruppen Lösungen zu den verschiedensten Fällen erarbeitet. Diese Fälle stammten aus dem Leben der ÖVP und BVP, waren nicht konstruiert und teilweise sehr knifflig.

Vor dem Abendessen erklärte uns Herr Gerhard Ludy, LBV, auf sehr kurzweilige Art und Weise die unterschiedlichen Versorgungsleistungen, die für verbeamtete Lehrer unterschiedlichen Alters in den unterschiedlichsten Situationen gewährt werden und die politischen Entscheidungen, die Auswirkungen auf Früh- und Pensionierungen, die in letzter Zeit getroffen wurden. Danach berichtete Herr



Frau Knoll-Kruse bedankt sich bei Frau Fröhlich für ihren Vortrag

Arbeitskreis Schwerbehinderte

Raith über die Themen Rente und Reha für angestellte Lehrkräfte.

Angefüllt mit Informationen machten wir uns hungrig zum Abendbuffet auf und verbrachten einen geselligen Abend mit Lothar Obergfell. Er an der Gitarre, wir an den Gesangbüchern, ab und zu unterbrochen von witzigen Schwänken aus dem Leben verschiedener Kollegen.

Am nächsten Morgen trafen wir uns zum Vortrag von Psychologe und Psychotherapeut Herrn Abt mit dem Thema Lehrer-

coachingprogramm nach dem Freiburger Modell. Er zeigte uns einige Sequenzen aus dem Video „Länger Lehren“, in dem die 6 Module (Modul 1: Beziehungen & Gesundheit - Modul 2: Identität & Identifikation - Modul 3: Schüler-Beziehungen - Modul 4: Eltern-Beziehungen - Modul 5: Kollegen-Beziehungen - Modul 6: Stimme und Körpersprache) durch einzelne nachgespielte Szenen eingeführt und auch neurophysiologisch erklärt werden.

Hans-Jürgen Hummel, der am Ende des

Schuljahres in den Ruhestand gehen wird, wurde von Margreth Knoll-Kruse würdig verabschiedet und von uns allen gemeinsam mit „Nehmt Abschied Brüder“ besungen.

Alles in Allem eine intensive Fortbildung, die sehr viel Wissen über die Problematik der schwerbehinderten Lehrerinnen und Lehrer vermittelte.

Karin Hartl (Text)
Konrad Demmig (Fotos)

Landesbezirk Nordwürttemberg

Personalräteschulung in Stuttgart



Sophia Guter

Im November trafen sich über 40 Örtliche Personalrätinnen und Personalräte mit den Bezirkspersonalräten des BLV zur eintägigen Aufbauschulung in Stuttgart. Zu den „Dauerbrennern“ Arbeitszeit, Besoldung, Lehrerfortbildung und Datenschutz fand ein intensiver Informationsaustausch statt.

Otto Zillien wies beim Thema Arbeitszeit auf die gesetzlichen Grundlagen hin. Die VwV Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer soll neu gefasst und in zwei Teile, eine VwV und eine Rechtsverordnung, aufgeteilt werden. Die angedachte Verschiebung der Altersermäßigung um zwei Jahre stieß auf großen Widerstand unter den Personalräten. Diesen Einschnitt ohne Übergangsregelungen zu vollziehen, ist noch unverständlicher. Dies alles vor dem Hintergrund, dass die Anrechnungsstunden bereits zu diesem Schuljahr gekürzt und eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit ins Auge gefasst wurde, zeigt allzu deutlich, dass die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in ihrer Dimension offensichtlich nicht erkannt und nicht wertgeschätzt wird.





Joachim Schöllhorn zeigte die schwache Entwicklung der Besoldung in den letzten Jahren auf. Die Verschlechterung der Rahmenbedingungen, besonders für die neu eingestiegenen Beamtinnen und Beamten, wird Anlass für weitere Protestmaßnahmen sein. Harry Kretschmann ergänzte diese Ausführungen für den Bereich der Arbeitnehmer/innen und der Forderung nach einer Entgeltordnung für Lehrkräfte.

Anni Combé-Walter behandelte die Beteiligungsrechte beim Thema Lehrerfortbildung und hierbei auch die Schwierigkeiten mit LFB-online für die Kollegien. Da in LFB-online immer noch kein PR-Modul zur Verfügung steht, muss die ÖPR-Beteiligung in jeder Schule extra geregelt werden. Durch den Fortbildungskatalog des Referats 76, Berufliche Schulen, kann zwar die Fortbildungsnummer gefunden werden, jedoch stellt die Abrechnung der Reisekosten über DRIVE-BW immer noch ein Hindernis dar, da sie nicht sehr „benutzerfreundlich“ aufgebaut ist. Bislang

rechnen ca. 50 % der Teilnehmer/innen ihre Reisekosten bei Lehrerfortbildungen ab – ein unhaltbarer Zustand aus Sicht der BLV Personalrätinnen/Personalräte. Verstärkt nehmen die Schulen die Möglichkeit auf, im Rahmen der Enquêtemittel selbst Fachfortbildungen zu organisieren.

Zum elektronischen Tagebuch stand Joachim Abel, ein Jurist des Regierungspräsidiums, Rede und Antwort. Die Beteiligungsrechte des Örtlichen Personalrats sind klar definiert. Der Datenschutz ist für die Personalräte ein zentrales Thema und durch die Komplexität der Programme, ihre Auswertungsmöglichkeiten und ihre Verknüpfungsmöglichkeiten zum Stundenplan- und Vertretungsprogramm durchaus problematisch zu sehen. Eine entscheidende Vorbedingung für die Zustimmung des ÖPR zur Einführung ist das Vorliegen des Verfahrensverzeichnis. Dort muss klar definiert sein, welche Daten zu welchem Zweck erhoben werden und in welcher Form die Verarbeitung und Auswertung vorgesehen ist.

Zu den voraussichtlichen Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) referierte die HPR-Vorsitzende Iris Fröhlich. Ein Ziel der Novellierung sei, dass Schulleitung und Örtliche Personalvertretung in einer echten Partnerschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen. Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungstatbestände sind im neuen

LPVG etwas ausgebaut und deutlich klarer strukturiert worden. Beispielhaft sei hier genannt, dass zukünftig bei Versetzung und Abordnung die ÖPR sowohl der aufnehmenden als auch der abgebenden Schulen beteiligt werden. Die Teilnahmerechte des ÖPR an Gesprächen wurde erweitert und bei der Anordnung von Mehrarbeit ist der ÖPR zu beteiligen.

Das Hauptthema der Bezirksvertrauensperson für schwerbehinderte Lehrkräfte im RP Stuttgart, Helmut Mayer, war das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Er führte aus, dass dies für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine große Chance sein kann, aber auch Risiken beinhaltet. Klar wurde, dass die Beteiligung des Örtlichen Personalrats sehr wichtig ist, um den Kolleginnen und Kollegen, die länger krank sind, die Notwendigkeit der Beratung nahe zu bringen.

Für ihr großes Engagement an den beruflichen Schulen im RP Stuttgart dankte die BPR-Vorsitzende den anwesenden Örtlichen Personalvertretungen vielfach und appellierte zum Abschluss der Veranstaltung an die ÖPR, die Kolleginnen und Kollegen in ihren Schulen für die anstehenden Personalratswahlen zu motivieren. Vom 13. bis 15. Mai sei es wichtig, dass möglichst viele zur Wahl gehen, denn eine starke Personalvertretung brauche eine überzeugende Wahlbeteiligung.

Sophia Guter



**Berufsschullehrerverband
Landesbezirk Nordwürttemberg**

BLV

Unser HOTLINE - Angebot

Telefonservice für Kolleginnen und Kollegen

Dienstag, 29. April 2014 von 16:00 – 19:00 Uhr

Rufen Sie uns an unter 0711 489837-18, -21, -28



V. li.: Helmut Mayer (BVP der Schwerbehinderten), Anni Combé-Walter (BPR-Mitglied), Dieter Tschaffon (BPR-Vorstand), Harry Kretschmann (Stellv. BPR-Vorsitz Arbeitnehmervertreter), Sophia Guter (BPR-Vorsitz, HPR-Mitglied), Joachim Schöllhorn (BPR-Mitglied), Otto Zillien (BPR Mitglied)

Die BLV-Mitglieder im Bezirkspersonalrat für Lehrkräfte an Beruflichen Schulen beim Regierungspräsidium Stuttgart bieten Ihnen **persönliche Beratung und Vorträge** an! Sie haben den Vorteil, dass Sie sich mit wenig Aufwand direkt bei uns über folgende Themen informieren können:

- Einstellung, Versetzung, Abordnung
- Aufstiegslehrgang, -qualifikation
- Beförderungen (A11, A14)
- Beurlaubung, Freistellungsjahr
- Teilzeitbeschäftigung
- Besoldung und Versorgung
- Lehrerfortbildung
- Datenschutz
- LPVG-Änderungen
- Längere Zeit krank?
- Rekonvaleszenz, Teildienstfähigkeit, Dienstunfähigkeit
- Schwerbehinderung
- Altersteilzeit
- Tarifbeschäftigte (Angestellte)
- Regionale Schulentwicklung
- ...

Informationen vor Ort - auch an Ihrer Schule!

Wir kommen gerne zu Infoveranstaltungen • Kontakt: s.guter@blv-bw.de

Personalratswahlen vom 13. - 15. Mai 2014

Wir setzen uns für Sie ein – wählen Sie den BLV!

Landesbezirk Südbaden im Gedankenaustausch mit Vertreter/innen des Referates Berufliche Schulen am RP Freiburg:

Regionale Schulentwicklung im Regierungsbezirk Freiburg zentrales Thema



V. l. n. r.: Gerd Weinmann (BLV), Thomas Hecht (Pädagogischer Stellvertreter Abt. 7 am RP Freiburg), Kersten Schröder (BLV), Barbara Berhorst (RP Freiburg Referat 76), Ottmar Wiedemer (BLV)

Ende Januar 2014 trafen sich Vertreter/innen des Landesbezirks Südbaden mit Vertreter/innen des Referats Berufliche Schulen am Regierungspräsidium Freiburg zu einem intensiven Gedankenaustausch. Zentrales Thema war der im Regierungsbezirk Freiburg begonnene Prozess der Regionalen Schulentwicklung. Beide Seiten zeigten sich erfreut darüber, dass im vorliegenden Schulgesetzentwurf zur regionalen Schulentwicklung die beruflichen Schulen mit ihren vollzeitschulischen Bildungsangeboten mit eingebunden werden sollen. Referatsleiter Thomas Hecht berichtete ergänzend, dass die Raumschaften, in denen regionale Schulentwicklung im Regierungsbezirk Freiburg stattfinden

wird, mittlerweile so geschnitten seien, dass in jeder Raumschaft mindestens eine berufliche Schule liege. Dies begrüßt der BLV Südbaden ausdrücklich, zumal zunächst deutlich kleinere Raumschaften zur Diskussion standen, in denen berufliche Schulen nicht jeweils vertreten gewesen wären.

„Berufliche Schulen haben nun die Möglichkeit, sich in jeder Raumschaft konstruktiv in den Schulentwicklungsprozess einzubringen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen“, so Kersten Schröder für den Landesbezirk Südbaden. Berufliche Schulen können so zum Beispiel direkt vor Ort für ihre Gymnasien werben. Denn die beruflichen Gymnasien sind nach

Meinung des BLV die „natürliche“ Oberstufe der Gemeinschaftsschule. Durch Kooperation in diesem, aber auch in anderen Bereichen (Stichwort „Berufliche Orientierung“ als Leitprinzip im kommenden Bildungsplan) können teure Parallelstrukturen bei allgemeinbildender und beruflicher Schule vermieden werden, so die Auffassung des BLV.

Abgerundet wurde der Gedankenaustausch zwischen BLV und RP-Vertreter/innen mit dem Thema Neugestaltung des Übergangssystems Schule / Beruf. Zum Schuljahr 2014 / 2015 soll die Ortenauregion eine der Modellregionen werden, in denen die neuen Bildungsgänge AVdual und BQdual erprobt werden sollen. Die BLV-Vertreter/innen beurteilen das Vorhaben der Landesregierung kritisch, da es die (Berufs-) Wahlfreiheit der Jugendlichen einschränke und der (Bildungs-) Mehrwert, den die Jugendlichen in den bisherigen Bildungsgängen erhalten, z. B. Fachschulreife und / oder Fachhochschulreife, verloren gehen könne. Aus Sicht des RP sind diese bewährten und von der Wirtschaft anerkannten Bildungsgänge nicht „bedroht“. Wie auch immer: Der BLV Südbaden wird die weitere Entwicklung im Auge behalten.

Trotz der nicht gerade leichten Themen, die besprochen wurden, verlief das Gespräch in gewohnt positiv-konstruktiver Atmosphäre, weswegen aus Sicht beider Seiten der Gedankenaustausch fortgeführt werden soll.

Kersten Schröder

Regionalgruppe Bodensee

Berufliche Schulen wollen auch künftig DIE Schule für Bildungsaufsteiger sein

Hauptthema der jüngsten Regionalgruppenversammlung der Regionalgruppe Bodensee, die in Stockach stattfand, war die Zukunft der beruflichen Schulen in der Bodenseeregion im Lichte des beginnenden Prozesses der regionalen Schulentwicklung. Hierüber referierte Landesbezirksvorsitzender Kersten Schröder. Tenor seines Vortrages: „Die berufli-

chen Schulen am Bodensee wollen auch weiterhin Schulen für Bildungsaufsteiger sein. Das Wahlrecht der Schülerinnen und Schüler, einen möglichst guten und in der Wirtschaft anerkannten Bildungsabschluss zu erreichen, darf nicht beschnitten werden. Wir Berufler wollen auch weiterhin alle allgemeinbildenden Abschlüsse - vom Hauptschulabschluss

über Fachschul- und Fachhochschulreife bis hin zum Abitur - anbieten.“ Die auf der Regionalgruppensitzung anwesenden Kolleginnen und Kollegen sind sich einig, dass die beruflichen Gymnasien die „natürliche“ Oberstufe der Gemeinschaftsschule sind. Alles andere mache auch keinen Sinn, da mit Einrichtung gymnasialer Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen teure Parallelstrukturen aufgebaut würden. Im Übrigen fordern die Kolleg/-innen am Prozess der regi-



Blick ins Plenum – wie immer am Bodensee: gut besuchte BLV-Veranstaltungen



Schulleiter Karl Beirer begrüßt den BLV an 'seiner' Schule



(v. l. n. r.): Klaus Pfeifer (RG-Vorsitzender), Kersten Schröder (Vorsitzender LB Südbaden), Karin Kästner (25 Jahre Mitgliedschaft), Rolf Meyer (40 Jahre Mitgliedschaft), Martin Ruf (stv. RG-Vorsitzender)

onalen Schulentwicklung beteiligt zu werden. Während Eltern, Schüler/-innen und auch die Wirtschaft neben Schulträger und Schulaufsicht am Prozess der RSE beteiligt werden sollen, gilt dies für die Kolleg/-innen derzeit noch nicht. Dies müsse sich ändern, so die einheitliche Auffassung der an der RG-Sitzung teilnehmenden Kolleg/-innen.

Ändern müsse sich auch die Einstellung des Landes Baden-Württemberg gegenüber der Lehrerschaft. „Es kann nicht angehen, dass wir die einzigen Sparschweine des Landes sind“, so ein Kollege bei der Aussprache zum zweiten Schwerpunktthema der Regionalgruppensitzung. Gerd Weinmann hatte gewohnt launig zum Thema „Neuerungen bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte“ referiert.

Abgerundet wurde die Sitzung durch Neuwahlen zum Regionalgruppenvorstand. Das amtierende Vorstandsteam wurde einstimmig im Amte bestätigt: Regionalgruppenvorsitzender Klaus Pfeifer (Fachbereich Technik und Gewerbe), stv. RG-Vorsitzende Ilona Wachter (Fachbereich Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik, Landwirtschaft), stv. RG-Vorsitzender Martin Ruf (Fachbereich Kaufmännische Bildung). Thomas Hamsch gehört auf eigenen Wunsch hin nicht mehr dem Vorstand an. Ihm gilt ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit in den vergangenen drei Jahren.

Last, but not least nahm Regionalgruppenvorsitzender Klaus Pfeifer Ehrungen vor. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Frau Karin Kästner im Verlaufe der Sitzung geehrt, Rolf Meyer bringt es sogar schon auf 40 Jahre Treue zum BLV.

Kersten Schröder

**Für ein leistungsfähiges
differenziertes berufliches Schulwesen!**

Regionale Schulentwicklung – Stellenwert der beruflichen Schulen



Das Motto der Versammlung der Regionalgruppe Hochrhein am 06. März in der Gewerbeschule in Bad Säckingen lautete „Berufliche Schulen wollen auch künftig die Schule für Bildungsaufsteiger sein“. Der Regionalgruppenvorsitzende Manfred Franz konnte fast alle Bezirkspersonalräte des BLV aus dem RP Freiburg begrüßen und entschuldigte den Schulleiter OStD Hahn, der terminlich verhindert war.

Neben Ottmar Wiedemer, Gerd Baumer, Gerd Weinmann und Kersten Schröder war auch Konrad Demmig aus Freiburg angereist.

In der Regionalgruppenversammlung ging es um die Zukunft der beruflichen Schulen am Hochrhein. Landesbezirksvorsitzender Kersten Schroeder ging auf den aktuellen Planungsstand der regionalen Schulentwicklung ein. Er erklärte die Einteilung der Landkreise Lörrach und Waldshut in verschiedene Raumschaften, die vom staatlichen Schulamt Lörrach vorgenommen wurde. Ohne Einflussnahme des BLV wäre eine viel stärker zersplitterte Einteilung vorgenommen worden, die somit das berufliche Schulwesen geschwächt hätte. Ebenso unterstrich er die Wichtigkeit der beruflichen Schulen und wies darauf hin, dass

neben allen allgemeinbildenden Abschlüssen eine Vielzahl beruflicher Abschlüsse gemacht werden können. Das Wahlrecht der Schülerinnen und Schüler, einen möglichst guten und in der Wirtschaft anerkannten Bildungsabschluss zu erreichen, dürfe nicht beschnitten werden, so sein Tenor.

Der Tagesordnungspunkt „Arbeitszeit der Lehrkräfte“ wurde in anschaulicher Art von Gerd Weinmann präsentiert. Die aktuelle Entscheidung zur Altersermäßigung und die geplanten Anrechnungen bei der individuellen Förderung von Schülern spiegelten den momentanen Trend wider und missfielen nicht nur ihm. Der Fingerzeig deutet die Richtung an und ist ein Hinweis auf nicht einfacher werdende Arbeitsbedingungen in naher Zukunft. Die Altersermäßigung wurde durch Gehaltsverzicht aller Lehrer bereits finanziert und ist somit wieder ein zusätzliches Sparpaket, das den Lehrerinnen und Lehrern aufgebürdet wird. Die Vorstellung der Spitzenkandidatinnen und Kandidaten wurde durch Kersten Schröder vorgenommen, der die anwesenden Kandidaten anhand ihrer Listenplätze für die Stufenvertretungen vorstellte. Er wies auf die Wichtigkeit der Personalratswahlen für die beruflichen Schulen hin und bat die Anwesenden um die Stimmabgabe für den BLV. Anschließend übergab er das Wort dem stellv. BLV Vorsitzenden Gerd Baumer, der zugleich den Arbeitskreis Wahlen im BLV leitet. Dieser ging auf die jetzige Ist-Situation in den Stufenvertretungen ein und gab seine Einschätzung zur Personalratswahl im Mai wieder. Demnach besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Mehrheiten in den Stufenvertretungen auch in Zukunft dem BLV gehören werden.

Zum Tagesordnungspunkt Regionalgruppenvorstand schickte Manfred Franz die Fachbereiche für 20 Minuten in Klausur, um sich auf Vorschläge der Fachbereiche festzulegen. Die anschließende Wahl des Regionalgruppenvorstandes wurde durch Gerd Baumer geleitet. Die Regionalgruppe wählte den alten Regionalgruppenvorsitzenden Manfred Franz (TuG) wieder zum Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden Dorothee König (HPSL) und Dirk Werner (KB) ge-



V. li.: Der geehrte Alfons Widmer, Dorothee König, Manfred Franz, Annette Klinner, Dirk Werner, Sandra Kreft, Kersten Schröder. Nicht auf dem Bild sind Markus Ruhnau und Thomas Waldhecker.

wählt. Unterstützt wird der Vorstand in den Fachbereichen durch Markus Ruhnau (TuG), Thomas Waldhecker (TuG), Annet-

te Klinner (HPSL) und Sandra Kreft (KB). Die Gewählten bedankten sich für das entgegengebrachte Vertrauen und hof-

fen auf gutes Abschneiden des BLV bei den Personalratswahlen im Mai. Der Regionalgruppenvorsitzende konnte unter den Anwesenden noch Alfons Widmer für 40-jährige Mitgliedschaft im BLV ehren und der Landesbezirksvorsitzende Kersten Schröder überreichte ein Weinpräsent.

Der wiedergewählte Regionalgruppenvorsitzende bedankte sich beim VB der Schule Markus Ruhnau für die Mitorganisation und wünschte allen eine gute Heimreise.

Manfred Franz

Übersicht Sonderschriften des BLV

Übersicht über die Sonderschriften des BLV



Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz



Informationen für Lehrerinnen und Lehrer im Arbeitnehmerverhältnis



Referat Technische Lehrerinnen und Lehrer in beruflichen Schulen

Für Mitglieder kostenlos in der Geschäftsstelle (gs@blv-bw.de) erhältlich.



Fahne: Kuba



Festung Castillo de Morro



Kuba: Trinidad



Havanna: Kapitol



Havanna: Altstadt



Mausoleum Che Guevara



Brisas Villas



Tanz



Musik

Große Kuba Kultur- und Erlebnisreise

Einladung zu einer großen Kuba Kultur- und Erlebnisreise.

Termin: 16. bis 31. Juli 2014 (16 Tage)

Termin:

Mi, 16.07.2014	Holguin	Ankunft
Do, 17.07.2014	Guardalavaca	Fahrt nach Santiago de Cuba Stadtrundfahrt, Wallfahrtskirche EI Cobre
Fr, 18.07.2014	Santiago de Cuba	Stadtführung: Festung Castillo de Morro ...
Sa, 19.07.2014	Bayamo	Fahrt nach Bayamo mit Stopp in Bayamo Besichtigung des Calixto Garcia Parks
So, 20.07.2014	Santa Lucia	Badetag
Mo, 21.07.2014	Camagüey	Stadtrundfahrt: Plaza dei Carmen ...
Sancti Spiritus		Stadtrundfahrt
Trinidad		Zuckermühlental, Turm: Managa Iznaga
Di, 22.07.2014	Trinidad	Museo Romantico, Bar LaCanchancharo ...
Clenfuegos		Stadt der 100 Feuer, Prado ...
Havanna		Weiterfahrt n. Havanna
Mi, 23.07.2014	Havanna	Besichtigungen: Altes und neues Havanna
Do, 24.07.2014	Havanna	Tagesausflug in das grüne Vinalestal Wandmalereien, Bootstour ...
Vinales		
Fr, 25.07.2014	Havanna	Besuch einer Zigarrenfabrik Hemmingwaymuseum ...
Sa, 26.07.2014	Guama	Krokodilfarm, Bootsfahrt d. Indianersiedlung
Santa Clara		Mausoleum von Che Guevara, Bootsfahrt auf dem Rio Negro
Villa Clara		Weiterfahrt nach Guearalavaca
So, 27.07.2014	Guearalavaca	Badetag
Mo, 28.07.2014	Guearalavaca	Badetag
Di, 29.07.2014	Guearalavaca	Badetag
Mi, 30.07.2014	Guearalavaca	Transfer zum Airport: Flug
Do, 31.07.2014	Frankfurt	Ankunft

Der Reisepreis von 2.199 Euro / P (im Einzelzimmer 2.398 Euro)

Rail & Fly	7 x AII- Inclusive	Bootsfahrt: Indianersiedlung
Flüge	Besuch: Zigarrenfabrik	Bootsfahrt: Rio Negro
Busfahrten*** in Kuba	Rumprobe	Bootstour in Vinales
1x ÜF in Guardalavaca	Hemmingwaymuseum	Mausoleum: Che Guevara
2x ÜF in Santiago de Cuba	Museo Romantico	Nationalparks
2x ÜF in Santa Lucia	Zuckermühlental	Kubareiseführer
2x ÜF in Havanna	Führungen	Eintritte
3x ÜF in Trinidad	Calixto Garcia Park	Touristenkarte
4x ÜF in Guearalavaca	Kuba- Animationen	Deutschsprechender Kubaguide
7 x Vollpension	Havannatour	Reiseleitung

Anmeldung: Uwe Leimser JFC- Stuttgart 0711 /21 660030

Edward- E. Jaffke KSS- Stuttgart 0711/13549-746

Organisation: **Erwin Ranger** p: 07143/7308

Überweisung: KSK-Essl., BLZ 611 500 20, Kto. 309 811, Edward E. Jaffke

IBAN: DE51 6115 0020 0000 3098 11 · BIC: ESSLDE66XXX

In Memoriam

Hartwig Verberg

Studiendirektor a. D.
20.02.1945 – 18.07.2012
Haus- und Landw. Schule Offenburg

Hans-Joachim Tibi

Oberstudienrat a. D.
02.08.1945 – 15.07.2013
IT-Schule Stuttgart

Rüdiger Hege

Oberstudienrat a. D.
19.02.1949 – 27.07.2013
Gewerbeschule Bühl

Manfred Blessing

Oberstudienrat a. D.
11.10.1946 – 28.07.2013
Technische Schule Aalen

Klaus Gruhn

Technischer Oberlehrer a. D.
19.05.1933 – 03.12.2013
Louis-Lepoix-Schule Baden-Baden

Richard Hörl

Oberstudienrat a. D.
27.03.1932 – 07.12.2013
Gewerbliche Schule Bad Saulgau

Siegfried Glück

Technischer Oberlehrer a. D.
08.01.1938 – 17.01.2014
Wilhelm-Maybach-Schule Heilbronn

Richard Frölich

Präsident a. D.
30.04.1931 – 22.01.2014
Regierungspräsidium Stuttgart

Elisabeth Jersak

Hauswirtschaftsschulrätin a. D.
07.08.1928 – 27.01.2014
Christiane-Herzog-Schule Heilbronn

Gerhard Geiger

Technischer Oberlehrer a. D.
02.11.1950 – 31.01.2014
Gewerbliche Schule Göppingen

Erich Müller

Technischer Oberlehrer a. D.
27.06.1938 – 15.02.2014
Gewerbliche Schule Tauberbischofsheim

Josef Baumgartner

Technischer Oberlehrer a. D.
09.08.1922 – 16.02.2014
Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim

Hans Rinn

Studienprofessor a. D.
29.03.1932 – 10.01.2014
Ferdinand-von-Steinbeis-Schule Reutlingen

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

HOTLINE-Angebot – Telefonservice
für Kolleginnen und Kollegen des
Landesbezirks Nordwürttemberg

Di., 29.04.2014, 16:00 – 19:00 Uhr

Rufen Sie uns an!

Tel. 0711 489837-18, -21, -28

Veranstalter: BLV-Mitglieder im BPR BS
beim RP Stuttgart

HOTLINE-Angebot – Telefonservice
für Kolleginnen und Kollegen des
Landesbezirks Südbaden

Mo. 05.05.2014, 15:30 – 17:30 Uhr

Rufen Sie uns an!

Tel. 07621 / 5836515

Veranstalter: BLV-Gruppe Südbaden

**Zentrale Landesbezirksveranstaltung
der Pensionäre in Südbaden**

am 8.7.2014 in Freiburg:

Öko-Institut oder Führung durch Vauban,

Situation der Pensionäre in BW -
aktuelle Entwicklungen

Referent: Waldemar Futter

Anmeldung: Bitte bis 17.6.2014 an
Dr. Christina Weis c.weis@blv-bw.de

**Einladung für die Pensionäre in Südbaden
am 23. Mai 2014 nach Badenweiler**

Am Vormittag Literarischen Spaziergang mit
Rolf Langendörfer, Pfarrer i. R.,

Am Nachmittag führt Sie Herr Gfell aus Badenweiler
durch die Römische Badruine im Kurpark.

Anmeldeschluss: 30. April 2014

Da nur eine bestimmte Anzahl von Gästen teilnehmen
kann, erfolgt die Zusage in der Reihenfolge der Anmel-
dungen. Wenn Sie bis zum 05. Mai 2014 keine Zusage
erhalten haben, konnten Sie nicht mehr berücksichtigt
werden. Alle anderen erhalten bis zum 05. Mai 2014 die
notwendigen Unterlagen für diese Veranstaltung.

Anmeldung bei: Heidrun Goerendt-Hannß,
Blauenstr. 9/1, 79410 Badenweiler, Tel: 07632-7681
E-Mail: goermail-blv@yahoo.de

**Einladung zur Pensionärsveranstaltung
in Südbaden**

Donnerstag, 5.6.2014: - Besichtigung
der Domäne Hohentwiel, Singen

Besuch des neuen Museums „Art & Cars“, Singen

Bitte melden Sie sich bis 9. Mai 2014 an.

Sie erhalten mit der Bestätigung
Ihrer Teilnahme die genauen Daten.

Anmeldung bis 9.5.2014 bitte an: Christina
Schmitt, Zum Lerchental 26 a, 78315 Radolfzell,
E-Mail: chschmitt.bodensee@web.de,
Fax: 07732/ 258650

**Nächster BLV-Magazin-
Redaktionsschluss
für die Ausgabe 3-2014:**

02.06.2014

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender

Herbert Huber

Stellvertreterinnen

Renate Granacher-Buroh
Margarete Schaefer

Vorsitzende des Landesbezirks Nordwürttemberg

Sophia Guter

Vorsitzende des Landesbezirks Nordbaden

Marina Ostertag-Smith

Vorsitzender des Landesbezirks Südbaden

Kersten Schröder

Vorsitzender des Landesbezirks Südwürttemberg

Clemens Hartelt

Finanzen

Erich Herrling

Referat Hauswirtschaft, Pflege, Sozialpädagogik, Landwirtschaft

Margarete Schaefer

Referat Kaufmännische Bildung

Kerstin Hollwedel

Referat Technik und Gewerbe

Michael Niedoba

Referat Allgemeinbildung

Swantje Göschel

Referat Arbeits- und Gesundheitsschutz

Manfred Franz

Referat Dienstrecht

Helmut Kleinböck

Referat Gleichstellung

Christa Holoch

Referat Jugendliche in beruflicher Vorbereitung

Gerd Weinmann

Referat Junglehrer

Michaela Keinath

Referat Lehrkräfte i.A. (Arbeitnehmer/innen)

Ottmar Wiedemer

Referat Mitgliederbetreuung

Edeltraud Smolka

Referat Öffentlichkeitsarbeit

Friedrich Graser

Referat Pensionäre

Irmgard Burkert

Referat Personalvertretung

Iris Fröhlich

Referat Redaktion

Michael Schmidt

Referat Technische Lehrkräfte

Marie-Luise Jakob

Geschäftsführer

Gerhard Fechner

Impressum



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e. V.

Abonnenten-Service: Geschäftsstelle

Schwabstraße 59
70197 Stuttgart
Telefon 0711 489837-0
Telefax 0711 489837-19
www.blv-bw.de
gs@blv-bw.de



Anzeigenverwaltung:

A.V.I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH
Am Ortfelde 100
30916 Isernhagen
Tel.: 05 11 / 77 95 38-0
Fax: 05 11 / 77 95 38-10
info@avi-fachmedienservice.de

Redaktion: redaktion@blv-bw.de
Michael Schmidt (Redaktionsleitung),
Swantje Göschel, Adelinde Sailer,
Heike Worgall

Titelfoto: Wolfgang Maelger, 5Uhr38

Layout und Druck:

KAROLUS Media GmbH
Württembergische Straße 118
76646 Bruchsal
Telefon 0 72 51 / 23 55
Telefax 0 72 51 / 1 48 65
kontakt@karolus-media.de
www.karolus-media.de

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

BLV-Magazin erscheint 5 x jährlich.
Der Verkaufspreis ist durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Auflage: 13.500 Stück

Copyright: Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Manuskripte und Beiträge:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion.

Redaktionstermine:

Ausgabe	Redaktionsschluss
03/2014	02.06.2014
04/2014	15.09.2014
05/2014	03.11.2014

Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung:

BLV-Zentrale: 0711 / 489837-0

Telefax: 0711 / 489837-19

Unser HOTLINE - Angebot

Telefonservice für Kolleginnen und Kollegen

Montag, 05. Mai 2014, 15:30 – 17:30 Uhr

Die BPR-Gruppe des Berufsschullehrerverbands Südbaden bietet Ihnen einen Hotline-Termin an. Wenn Sie bei uns anrufen, erhalten Sie eine persönliche Beratung. Sie haben den Vorteil, dass Sie sich mit wenig Aufwand direkt bei uns über folgende Themen informieren können:

- Versetzungen
- Einstellung
- Beurlaubungsmöglichkeiten
- Dienstliche Beurteilung
- Versorgungsfragen
- Beförderungen
- Aufstiegslehrgänge
- Begrenzte Dienstfähigkeit
- Elternzeit
- Besoldungsrecht
- Personalvertretungsrecht
- Arbeitnehmerfragen
- Teilzeitbeschäftigung
- Bugwellenstunden
- ...

Rufen Sie uns an unter: 0 76 21 / 5 83 65 15

Die BLV-Gruppe Südbaden

Beamtenvertreter



Gerd Baumer
Stellv. BPR-
Vorsitzender
HPR-Vorstands-
mitglied



Konrad Demmig
BPR-Mitglied
Vorsitzender
Regionalgruppe
Breisgau



Wolfgang Köbele
BPR-Mitglied



Kersten Schröder
BPR-Mitglied
Landesbezirks-
vorsitzender



Gerd Weinmann
BPR-Mitglied
Stellv. Landesbe-
zirksvorsitzender

Arbeitnehmervertreter



Ottmar Wiedemer
BPR-Vorsitzender
stv. HPR-Vorsitzender